



Aus dem Landtag

- Verfassungsschutz kontrollieren, nicht ausbauen! *Seite 10*
- Paritégesetz: Brandenburg als bundesweiter Wegbereiter *Seite 11*
- Wie legitim ist der Kohlekompromiss? *Seite 12*



Solidarität mit der Bolivarischen Republik Venezuela

- Hände weg von Venezuela! *Seite 16*
- Die Kälte und die Zärtlichkeit – Was geschieht tatsächlich in Venezuela? *Seite 20*

Aufbruchstimmung in Bad Saarow

Dr. Astrid Böger und Axel Hylla – Spitzenkandidaten der LINKEN zur Kommunalwahl am 26. Mai 2019 – im Gespräch



Bad Saarow – Seebad vom Scharmützelsee aus im August 2013 gesehen

Im einzigen Kurort des Oder-Spree-Kreises brummt es. Nicht nur die Einwohnerzahl stieg in den letzten Jahren deutlich, auch die der Übernachtungen und Tagesgäste. Was die sich daraus ergebenden Herausforderungen für die Kommunalpolitik bedeuten, darüber sprechen **Dr. Astrid Böger** und **Axel Hylla** in diesem Interview. Beide bewerben sich gleich mehrfach für das Mandat der Wählerinnen und Wähler, sich für die Region und ihre Gemeinde zu engagieren und dabei ihre Fachkompetenz einzubringen.

Dr. Astrid Böger studierte nach dem Abitur erst Informationswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin und pro-

movierte an der Universität Witten/Herdecke. Sie sammelte berufliche Erfahrungen im Ausland. In London beschäftigte sie sich mit der Handelskultur, in Brüssel lernte sie die Institutionen der Europäischen Union kennen und in Madrid wirkte sie an neuen Medien zum Europarecht mit. Sieben Jahre arbeitete sie als Juniorprofessorin für tragbare Elektronik und Rechentechnik in Cottbus, danach als Managerin für Telemedizin bei der Deutschen Telekom bis sie nach Bad Saarow zog und seitdem hier als Jobcoachin in Fürstenwalde und selbständige Autorin arbeitet.

Axel Hylla studierte nach dem Abitur in Fürstenwalde zunächst Architektur in Ber-

lin, bevor er sein Hobby zum Beruf machte und als Programmierer in die Softwarebranche einstieg. Seit 2013 studiert er zudem Volkswirtschaftslehre an der Humboldt-Universität zu Berlin, inzwischen im Masterstudium. Hauptberuflich ist er für das Ingenieurbüro seines Bruders in Bad Saarow tätig, das Softwarelösungen für die Tiefbaubranche entwickelt.

Foto auf Seite 1:
von Don-kun – Ei-
genes Werk, CC
BY-SA 3.0, [https://
commons.wikime-
dia.org/w/index.
php?curid=28033030](https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=28033030)

Axel, du bist seit 5 Jahren Mitglied der Gemeindevertretung und bewirbst dich nun für das Bürgermeisteramt. Astrid, du bewirbst dich nicht nur für die Gemeindevertretung und den Kreistag, sondern bist auch die Direktkandidatin deiner Partei für den Landtagswahlkreis 27, an dessen östlichem Ende das Amt Scharmützelsee liegt. Was motiviert euch dazu, euch derart für eure Region zu engagieren?



Axel Hylla, Foto: privat

Axel Hylla: Als ich vor 5 Jahren in die Kommunalpolitik einstieg, hatte ich gehört, dass der Entscheidungsspielraum der Kommunen sehr klein sei und nur wenige Bereiche umfasse. Zum Glück habe ich das dann anders erlebt. Ob bei der Planung neuer Baugebiete, den Verhandlungen mit Investoren, der Gestaltung von Satzungen, der Vereinsförderung oder dem

Verhältnis zwischen Verwaltung sowie Bürgern und Bürgerinnen: Man kann die direkten Auswirkungen unserer Entscheidungen unmittelbar nachvollziehen. Ich spüre eine große Verantwortung.

Allerdings mangelt es im Moment in Bad Saarow an Führung. Die Prozesse dauern zu lange und drehen sich manchmal im Kreis. Nur als Bürgermeister kann ich dafür sorgen, dass Konflikte frühzeitig erkannt und aufgelöst werden und die Vorgänge der Öffentlichkeit transparenter präsentiert werden.



Dr. Astrid Börger, Foto: privat

Dr. Astrid Börger: Bei meiner Arbeit im Ausschuss für Gesundheit und Soziales stehen Themen zur Diskussion die jeden betreffen, ob es die fehlenden Facharbeiter sind, die Ausstattung der Schulen oder die Probleme bei der wohnortnahen ärztlichen Betreuung. Davon sind alle betroffen. Bei Fraktionsitzungen konnte ich erleben, wie sehr sich alle für Verbesserungen einsetzen,

aber wie schwer es ist, wirklich etwas umzusetzen. Da möchte ich mithelfen. Know-how aus neuen Technologien und der Digitalisierung fehlt oft in der Politik. Dabei ist Transparenz eine Grundvoraussetzung, und hierbei sehe ich einen starken gemeinsamen Ansatz mit Axel.

Welche Kompetenzen bringt ihr mit, die eurer Meinung nach von Nutzen in der Kommunalpolitik sind?

Astrid: Alle reden von High-Tech, Künstlicher Intelligenz, smarten Technologien. Vor allem bei der praktischen Umsetzung im Alltag geht es aber darum, diese Trendbrüche erfolgreich zu nutzen. Da ich mich viele Jahre mit Zukunftstechnologien beschäftigt habe, kenne ich mich in der Digitalisierung aus. Ich bringe Erfahrungen aus der EU, der Wirtschaft und der Wissenschaft mit. Ich möchte beweisen, dass Frauen auch die digitalen und globalen Veränderungen meistern können.

Axel: Es ist hilfreich, wenn man die doppelte Buchführung beherrscht und damit öffentliche Haushalte lesen kann. Meine Arbeit als Programmierer und das VWL-Studium haben mich so einiges an Prozessoptimierung gelehrt. Weitere nützliche Inhalte meines Studiums umfassen z.B. Spieltheorie bei Verhandlungen und eine makroökonomische Perspektive auf einen lokalen Wirtschaftsraum. Seit meinem ersten Studium bin ich zudem mit dem Baugesetzbuch vertraut.

Was sind aus eurer Sicht die wichtigsten Aufgaben, um die ihr euch in den nächsten 5 Jahren in Bad Saarow kümmern wollt?

Axel: Die Stabilität der Gemeindefinanzen steht für mich an erster Stelle. Hier konnten wir in den letzten Jahren zwar Fortschritte erzielen und mussten keine weiteren Konsolidierungskonzepte beschließen. Dies ist allerdings zum Teil auf die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen. Auch die gemeindeeigenen Gesellschaften entwickeln sich gut. Im Vergleich mit anderen touristisch geprägten Gemeinden ähnlicher Größe zeigt sich jedoch, dass Bad Saarow unterfinanziert ist, gemessen an den Übernachtungen und

Tagesgästepreisen. Der Ort stemmt umfangreiche Ausgaben für den Erhalt und die Erweiterung der touristischen Infrastruktur und steht in den nächsten Jahren vor wichtigen Aufgaben, und sollte daher stärker auf dem Verursacherprinzip bei der Gemeindefinanzierung bestehen.

Astrid: Zu den wichtigen Aufgaben, auf die Axel anspielt, gehört der Umstieg auf mehr Qualität. Bad Saarow war einmal und wird wieder Berlins Kurort. Das neue Zentrum spricht dafür. Darauf müssen wir uns ergänzend einstellen, z.B. durch ein modernes Mobilitätskonzept. Wir brauchen Park & Ride Angebote, mehr Elektromobilität. Der geplante innerörtliche Shuttlebus wird für viele die Wege verkürzen. Ältere kommen bequemer zum Einkaufen oder zu Arztbesuchen. Kinder können leichter zu Freizeitangeboten kommen, die den Jugendclub wiederbeleben. Und am Abend freuen sich sicher nicht nur Gäste, die kulturellen und gastronomischen Angebote zu nutzen.

Zugleich muss Bad Saarow als Ausbildungsort attraktiver werden. Wenn Gaststätten schließen müssen, weil sie kein Personal mehr finden, müssen wir Alarm schlagen. Und natürlich können auch digitale Apps und Informationstafeln helfen, unsere regionalen Angebote bekannter zu machen und Service erleichtern.

Axel: Die Koordinierung dieser internen Marketingstrategien soll die geplante Tourismusgesellschaft übernehmen. Sie wird unter Einbeziehung der örtlichen Leistungsträger zum einen eine bessere Auslastung anstreben, vor allem in den Wintermonaten, zum anderen sicherstellen, dass jeder Leistungsträger einen fairen Anteil zur Finanzierung der von ihm genutzten, vom Ort bereitgestellte Infrastruktur beiträgt.

Was bedeutet für euch linke Politik mit Blick auf eine Gemeinde wie Bad Saarow?

Axel: Ich habe als Gemeindevertreter stets sachorientiert und auch fraktionsübergreifend gearbeitet. Das werde ich als Bürgermeister natürlich weiterführen. Klassische linke Positionen, wie die Betonung des Allgemeinwohls z.B. bei Inves-

tionen oder der Frage der Seeufer-nutzung, sind in Bad Saarow derart mehrheitsfähig, dass sie nicht als solche gelten können. Das merkt man auch an dem erfreulich umfangreichen Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger in den Sport-, Kultur- und Musikvereinen, das ich als Bürgermeister gezielt fördern möchte.

Es mangelt allerdings an günstigem Wohnraum auch bei uns. Wer den Verkehr reduzieren will, muss sich mit dem Umstand befassen, dass Wohn- und Arbeitsbevölkerung in Bad Saarow weniger deckungsgleich sind als anderswo. Wir haben einen hohen Pendelverkehr in beide Richtungen. Ich würde mir wünschen, dass die Gemeinde mittelfristig auch wieder in einen eigenen Wohnungsbau einsteigt, so wie Langewahl das vorge-macht hat.

Astrid: Und selbstverständlich gibt es auch in Bad Saarow Menschen mit sozialen Problemen und Ängsten. Wir wünschen uns Ansprechpartner im Amt, wenn jemand mal nicht weiter weiß. Manche Einrichtungen, die in anderen Ämtern des Kreises längst Normalität sind, fehlen bei uns. So fehlt im Amt Scharmützelsee z.B. noch ein Mutter-Kind-Zentrum, obwohl es dafür Fördermöglichkeiten gibt. Und auch die Bezahlung von Fachkräften sollte ein Thema sein. Denn neben einer modernen Infrastruktur gehört auch eine wertschätzende Entlohnung dazu, ob für Servicekräfte oder Handwerker, so dass sich lebenslanges Lernen wieder lohnt und Bad Saarow eben auch attraktive Arbeitsplätze in allen Bereichen bietet. Dass sind typische linke Positionen.

Habt ihr denn auch eher untypische Forderungen?

Astrid: Ich würde mir mehr Internationalität wünschen. Gäste, die zu Konferenzen oder zur Weiterbildung herkommen. Und spannende Innovationen, ob kulturelle, sportliche, architektonische, die Besucher zum Staunen bringen. Digitale Anwendungen, mit denen man sich mobil die Geschichte von Bad Saarow erklären lassen kann. Oder auf dem Naturlehrpfad erfährt, wie alt der Baum ist, vor dem man steht oder wer früher über die Rauener Berge gewandert ist. Auch wenn unsere Gästeführer das toll ehren-

amtlich machen. Mit etwas digitaler Unterstützung könnten diese Geschichten dann in vielen Sprachen erzählt werden und perspektivisch vielleicht auch in Esperanto. Und schön wäre, wenn wir eine bewegte Schule mit dem Neubau realisieren, wo erfolgreich neue Bildungsmethoden umgesetzt werden, die virtuelles und reales Wissen vernetzen, Ökologie praktisch in den Rauener Bergen erleben oder etwas über historische Entwicklungen wie den Bergbau in unserer Region erfahren. Und Fahrten mit dem Forschungskatamaran der BTU Cottbus wären auch Klasse, wo nicht nur Schüler sondern auch andere Interessierte in die Geheimnisse des Scharmützelsees eingeweiht werden.

Axel: Ich werde als Bürgermeister eine Initiative für mehr Sauberkeit im Ort starten. Wir möchten über den Bauhof eine direktere Steuerung der Gemeindeaufgaben bei Grünpflege und Reinigung erreichen. Bei Privatgrundstücken kann ein Wettbewerb helfen. Bei der Bahn werde ich auf regelmäßige Reinigungen von Bahnsteig und Gleisen dringen. Insgesamt muss das Ortsbild als Markenkern geschützt werden, das durch Baumfällungen im Zentrum oder den Abriss weiterer 20er-Jahre-Villen gefährdet ist. Die Genehmigungspraxis muss sich daran orientieren.

Wofür werdet ihr euch auf regionaler oder Landesebene einsetzen?

Axel: Wir müssen dahin kommen, dass die besonderen Aufgaben der faktischen Grundzentren, wie Bad Saarow eines ist, entsprechend durch das Land finanziert werden. Es hat sich nach meinem Eindruck noch nicht bis in alle Verwaltungsebenen durchgesprochen, dass Politik für die Landesteile außerhalb des Speckgürtels sich nicht darin erschöpft, den Niedergang zu verwalten. Häufig schränkt die Landesplanung die Gemeinden im Grüngürtel zwischen Königs Wusterhausen und Fürstenwalde zu sehr ein, um sich kreativ zu entwickeln. Manche Förderprogramme sind sogar willkürlich auf den Speckgürtel beschränkt und nicht am Bedarf orientiert. Das Land sollte uns mehr Spielraum zugestehen und darauf vertrauen, dass wir unsere Natur zu schützen wissen, da dies in unserem ureigenen Interesse ist.

Und wenn wir uns mit unserer Forderung nach zielgenaueren Förderungen touristischer Investitionen durchsetzen, profitieren davon auch die anderen Gemeinden im Wahlkreis, wie Storkow oder Bestensee.

Astrid: Da kann ich Axel nur zustimmen. Und auch in anderen Bereichen sollten wir als Kommune stärker die Fördermöglichkeiten im Blick haben. Vor allem was den Breitbandausbau betrifft, aber auch generell bei allen Projekten, die mit der Digitalisierung im Zusammenhang stehen. Sie helfen, neue Geschäftsfelder zu generieren. Viele Projekte lassen sich nur umsetzen, wenn jeder Bürger in gleichem Maße Teil der Informationsgesellschaft ist. Dazu gehört für jeden die Möglichkeit, die Lernbörse der Arbeitsagentur zu nutzen, um sich weiter zu qualifizieren. Für Arbeitnehmer auch zeitweise von zu Hause arbeiten zu können. Dazu gehört, sich im Notfall in die Online-Sprechstunde eines regionalen Kinderarztes einwählen zu können, um erste Fragen zu klären und gemeinsam die nächsten Schritte vorzubereiten. Dazu gehört, sich in eine Fahrgemeinschaft einzubuchen. Denn bei der Mobilität geht es nicht nur um kostenlose ÖPNV-Angebote für Kinder, sondern um bedarfsgerechte Angebote, die flexibel Rufbusse, Shuttle oder auch Sammeltaxen kombinieren, weil es einfach wirtschaftlicher und vor allem technisch möglich ist. Das erhöht die Lebensqualität aller. Da kann der Fahrer dann direkt vor der Haustür seines letzten Gastes halten und nicht mehr so wie heute noch üblich, an irgendeiner Haltestelle, weil dies in der Streckenführung irgendwann mal so geplant wurde. Deshalb ist es wichtig, dass mehr Frauen in Verantwortung kommen. Frauen, die ein Verständnis für die sozialen alltäglichen Herausforderungen besitzen, aber auch etwas von technischen Prozessen verstehen.

Axel: Es wäre ideal, wenn Astrid das Direktmandat für den Wahlkreis holt. Als Tandem aus Landtagsabgeordnete und Bürgermeister können wir unsere Ziele besser erreichen, als das einer allein könnte. Das Wachstum Bad Saarows lässt es nicht mehr zu, das ehrenamtliche Bürgermeisteramt, das mittlerweile in Wahrheit einem

**Kontakt DIE LINKE
Scharmützelsee:**

- E-Mail: kontakt@linke-scharmuetzelsee.de
- Internet: www.linke-scharmuetzelsee.de
- facebook: www.facebook.com/linkefraktionbadsaarow

Halbtagsjob entspricht, mit einem Landtagsmandat zu verbinden. Das zu versuchen, hielte ich für unredlich.

Das Interview führte Peter-Martin Mattigk, Fürstentwalle, Mitglied des Kreisvorstands DIE LINKE Oder-Spree.

Mit welchen Ergebnissen rechnet ihr am 26. Mai?

Axel: Ich hoffe natürlich, dass die Bad Saarower Wählerinnen und Wähler mir ihr Vertrauen schenken und die Chance geben, unse-

re Gemeinde voranzubringen, und das Chaos, das die amtierende Bürgermeisterin angerichtet hat, möglichst schnell hinter uns zu lassen.

Astrid: Ich denke, wir haben mit unserer Liste ein gutes Angebot unterbreitet. Dr. Bernd Gestewitz leitet seit vielen Jahren die Fraktion und den Bauausschuss und punktet mit seiner Erfahrung. Er und Olaf Tannhäuser sind ausgewiesene

Bauexperten. Der Apotheker Thomas Hellmann ist als Unternehmer bestens vernetzt und Barbara Volk z.B. kennt sich vorzüglich mit Verwaltungsprozessen aus.

Dann wünsche ich euch natürlich im Sinne Bad Saarows viel Erfolg und bedanke mich für das Gespräch.

Aus den kommunalen Fraktionen der LINKEN

■ Müllrose

LINKE bei Planung eines multifunktionalen Stadthauses für mehr Bürgerbeteiligung



von **Harald Schwaeger**, sachkundiger Einwohner im Bildungs-, Jugend-, Sport und Sozialausschuss sowie im Tourismus-, Kultur-, Umwelt- und Forstsausschuss, Vorsitzender der Basisgruppe Schlaubetal, Foto: DIE LINKE

Zur Stadtverordnetenversammlung (SVV) am 11. Dezember 2018 standen sowohl ein Antrag zum Beschluss der Sanierung des Forstsaals als auch zum Neubau einer Mehrzweckhalle, vorrangig für die sportliche Nutzung, auf der Tagesordnung. Nach Diskussion beider Vorlagen wurden die Beschlüsse geändert und die Amtsverwaltung beauftragt, die Planung zu beiden Vorhaben voranzutreiben. Erstens, um sowohl den Zustand des Forstgebäudekomplexes in der Bahnhofstraße festzustellen und Planungsunterlagen für die Beantragung von Fördermitteln für eine mögliche Sanierung und Umnutzung vorzubereiten. Zweitens, um auch eine Variantenprüfung zu einer eventuellen Erweiterung der Schlaubetalhalle für notwendige Mehrbedarfe der Sportvereine und/oder den Neubau einer Mehrzweckhalle und die Beantragung von Fördermitteln zu ermöglichen.

Die Fraktion DIE LINKE hatte im Vorfeld der SVV gemeinsam mit sachkundigen Bürgern und der Basisgruppe DIE LINKE Schlaubetal viele Gespräche zum Thema Sanierung des Forstgebäudekomplexes geführt und mehrheitlich beschlossen, sich für den Neubau eines Multifunktionalgebäudes einzusetzen. Die Sanierung des Forstsaales und der weiteren Gebäudeteile mit Mitteln der Stadt, egal ob mit oder ohne Fördermittel, wird abgelehnt. Das Gesamtgebäudeensemble ist durch schwerwiegende

Gebäudeschäden und jahrelangen Leerstand gekennzeichnet und in seiner Raumstruktur nicht bzw. nur sehr wenig für größere kulturelle Veranstaltungen und die Nutzung durch andere Vereine sowie als Seniorenbegegnungsstätte geeignet.

In einem neu zu errichtenden Multifunktionalgebäude könnten sowohl ein Mehrzwecksaal, u.a. für Kulturveranstaltungen mit mindestens 250 Plätzen, sowie Räume für Kulturvereine und die dringend benötigte neue Seniorenbegegnungsstätte untergebracht werden. Gerade für letztere muss künftig eine barrierefreie und bedarfsgerechte Lösung gefunden werden, um künftig die Teilhabe einer Vielzahl von Senioren an den Angeboten der Begegnungsstätte zu gewährleisten. Die Schaffung eines bedeutend größeren Saales soll die Erweiterung der kulturellen Angebote ermöglichen, die für die Weiterentwicklung des Erholungsorts Müllrose wünschenswert ist. Die Nutzung des Saales und anderer Räume für sportliche Aktivitäten sollte sekundär möglich sein. Ein Neubau bietet die Chance, das Gebäude und die einzelnen Räume nach den vorgesehenen Nutzungskonzepten zu planen und damit optimale Nutzungsbedingungen zu gewährleisten. Außerdem ist ein Neubau technisch und energetisch auf dem neuesten Stand, um so die Betriebs- und Unterhaltungskosten in der Zukunft möglichst gering zu halten. Ein Standort für das neue

Gebäude muss u.a. in Abhängigkeit von der Größe des Gesamtgebäudes noch ausgewählt werden.

Leider blieb die in der Bürgerfragestunde der SVV von Annetrin Schwaeger, Mitglied des Kulturbüros der Stadt, aufgeworfene Frage zur Schaffung einer Möglichkeit der Beteiligung der Bürger an der Planung des Forstgebäudekomplexes und/oder eines Neubaus unbeantwortet. Lediglich Frau Peter (SPD) hatte zum Ende des öffentlichen Teils der SVV nochmals auf das Anliegen hingewiesen. Ob und wie es allerdings umgesetzt werden soll, blieb offen.

Mehr Bürgerbeteiligung ist ein zentrales Anliegen der Kandidaten, die für DIE LINKE zur Kommunalwahl am 26. Mai 2019 für die neu zu wählende Stadtverordnetenversammlung der Stadt Müllrose antreten werden. Kerstin Labenz, Harald Schwaeger, Dr. Wolfgang Strübing, Annetrin Schwaeger, Hans-Joachim Meissner und Detlef Krumm wollen dies auch in Zusammenhang mit dem Projekt Multifunktionelles Stadthaus einfordern. Eine Möglichkeit dafür bietet eine Einwohnerversammlung, die vom Amtsdirektor einberufen oder von Bürgern der Stadt beantragt werden kann. Wir bleiben dran und hoffen auf reges Interesse der Bürger unserer Stadt, sich mit Ideen, Vorschlägen und Sachkunde einzubringen.

Aus dem Kreisvorstand Oder-Spree

Frischer Wind im Netz

DIE LINKE Oder-Spree im Internet erleben



Bildschirmaufnahme der Eröffnungssseite des Internetauftritts des Kreisverbandes der LINKEN im Oder-Spree-Kreis „www.dielinke-oder-spree.de“ am 19. Februar 2019 um 9 Uhr

Seit September 2018 bin ich nun als Beauftragter für Öffentlichkeitsarbeit unserer Kreisorganisation für die Pflege und Wartung unserer Website, sowie unserer Auftritte in den sozialen Netzwerken verantwortlich. Im Zuge der letzten Monate taten sich dort einige Fragen und Probleme auf, auf die ich in meinem Premieren-Artikel im Widerspruch näher eingehen möchte.

Was war dort im September 2018 der Stand?

Die Präsenz im Internet war in den letzten Jahren eine große Baustelle des Kreisverbandes, da wir dort mit verschiedenen und teilweise unübersichtlichen Strukturen arbeiteten. Dies zu verschlanken und dementsprechend anzupassen, ist äußerst zeit- und nervenraubend und wurde dementsprechend wenig in den letzten Jahren angepackt. Unsere Online-Präsenz wurde wenig wahrgenommen und genutzt, was uns so einige Potentiale verspielte.

Wo wollen wir künftig hin?

Nun gilt es aber zur Kommunalwahl und zur Landtagswahl, mit einer optisch ansprechenden, benutzerfreundlichen, aktuellen und plakativen Online-Präsenz unsere programma-

tischen Vorstellungen und Inhalte, unsere Kandidat*innen und Funktionsträger*innen sowie Aktivitäten der Partei auf allen Ebenen in die Öffentlichkeit zu tragen. So wollen wir mit einem modernen Auftritt in der Öffentlichkeit auch unser Selbstverständnis als die einzige progressive Kraft in der Region unterstreichen.

Warum ist das eigentlich so wichtig?

Viele Menschen beziehen ihre Informationen zu großen Teilen oder ausschließlich aus dem Internet. Dabei sind besonders soziale Netzwerke als Informationsquellen beliebt. Daher sollten wir als Partei auch dort unsere Positionen deutlich machen.

Dies wird in der Zukunft noch weiter an Wichtigkeit zunehmen, da das Ersetzen von Print-Medien durch Online-Medien von Jahr zu Jahr immer stärker zunimmt und somit künftig mehr Nutzer unserer Inhalte im Online-Bereich als im Bereich der analogen Medien zu erwarten sind. Dies haben auch bereits die anderen Parteien erkannt und ebenfalls im Online-Bereich ihre Aktivitäten verstärkt.

Ein weiterer Punkt, der dieses Thema besonders wichtig macht, ist, dass besonders Rassist*innen das Netz zum ungestörten Ver-

breiten ihrer menschenfeindlichen Theorien benutzen und dass wir denen dort nicht einfach so das Feld überlassen werden.

Was ist seitdem konkret passiert?

Wir haben das Aussehen und die Struktur der Website in weiten Teilen den Gegebenheiten unseres neuen Website-Betriebssystems auf der Kreisebene und in den meisten Ortsverbänden angepasst. Die Systemumstellung auf das neue Typo3 machte tiefgreifende Veränderungen auch auf der Ortsverbands-ebene nötig, die aber auch aus Entscheidungen auf der Landesebene resultierten.

Das große Leitmotiv bei der Umgestaltung unserer Online-Präsenz(en) ist dabei aber auch besonders die Benutzerfreundlichkeit der Website ... auch in der mobilen Version.

Zu diesem Zwecke hat der Kreisvorstand auf seiner Februar-Sitzung beschlossen, dass unser Genosse Thomas Wolke, der als Selbstständiger auf Jahre lange Erfahrung mit der Gestaltung von Internetseiten, von Grafiken und Wahlkampfmaterialien zurückblicken kann, als Mitarbeiter für Öffentlichkeitsarbeit uns beim Wahlkampf in der digitalen und in der analogen Welt unterstützen wird.

Um diese Ziele zu erreichen, haben Thomas Wolke und ich unsere Website und unsere Präsenz in den sozialen Medien grundlegend überarbeitet, um somit ein besseres Erscheinungsbild und eine massive Steigerung in Sachen Benutzerfreundlichkeit herbeizuführen.

Es zeigt sich nun auch, dass seit ebendieser Erneuerung die Nutzerzahlen unserer Seiten im Internet massiv (teilweise auf das Fünfundzwanzigfache im Vergleich zum September 2018) zugenommen haben. Insofern scheinen die von uns vorgenommenen Maßnahmen zur Modernisierung erste Früchte zu tragen.

Wir hoffen und wünschen, dass sich dieser Trend auch in den Ergebnissen der Wahlen in diesem Jahr niederschlagen wird.



von
Peter-M. Mattigk,
Fürstenwalde,
Mitglied des Kreisvorstandes LOS, Beauftragter für Öffentlichkeitsarbeit

Kontakt:
• Peter-Martin Mattigk,
Beauftragter für Öffentlichkeitsarbeit,
Mühlenstraße 15,
15517 Fürstenwalde:
• E-Mail:
oeffarb@dielinke-oder-spree.de



von
Thomas Nord,
Mitglied des Bundestages,
Landesliste Brandenburg

Kontakt:
Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
• Telefon:
(030) 227-7 26 75
• Fax:
(030) 227-7 66 75
• E-Mail:
thomas.nord@bundestag.de
• Internet: <https://thomas-nord.de>

Wahlkreisbüro:
Mühlenstraße 15,
15517 Fürstenwalde,
Glen Dammann,
Tel.: (033 61) 34 26 18
Fax: (033 61) 34 26 24
E-Mail: thomas.nord.ma06@bundestag.de

■ Die EU aktuell – Austritt und Vertiefung

Aachener Vertrag und Deutsch-Französisches Parlamentsabkommen

Anlässlich des 55. Jahrestages der Unterzeichnung des Elysee-Vertrags am 22. Januar 2018 wurde zwischen der deutschen und der französischen Staatsspitze ein neuer Elysee-Vertrag und ein binationales Parlamentsabkommen verabredet. Eigentlich sollte er zu diesem Zeitpunkt schon ausgehandelt sein, aber die Wahl vom September 2017 ist dazwischen gekommen und die Regierungsbildung, die sich bis März 2018 hinzog.

Elysee 2.0 heißt jetzt Aachener Vertrag

Im Herbst des vergangenen Jahres wurde der 22. Januar 2019 vom Ältestenrat des Parlaments als Präsenztage festgelegt. Man wollte an diesem Tag in Paris und in Berlin das Deutsch-Französische Parlamentsabkommen beschließen und in Kraft setzen. Anliegen ist die Schaffung einer deutsch-französischen Parlamentskammer, jeweils mit 50 Abgeordneten nach Stärke der Fraktionen und Ausschüsse besetzt. Ziel ist die vorausschauende Behandlung von gemeinsamen politischen Anliegen und die Angleichung der Rechtsrahmen in Deutschland und Frankreich.

Das Protokoll des Bundestages und der Nationalversammlung hatten diesen Tag schon seit einigen Monaten vorbereitet. Auch der Verwaltungsapparat war in den letzten Vorbereitungen angekommen, als die Nachricht von der Unterzeichnung des Elysee-Vertrags 2.0 hereinkam. Die Bundeskanzlerin hat in Präsidialattitüde gemeinsam mit dem französischen Präsidenten kurzerhand entschieden, dass der frisch fertiggestellte Elysee-2.0-Vertrag anstelle des Parlamentsvertrages unterzeichnet wird. Das Kabinett hat dem zugestimmt.

Merkel übergeht Schäuble

Der Präsenztage für die Abgeordneten wurde gestrichen. Die Unterzeichnung fand nicht in Paris statt. Nicht in Berlin. Sondern in Aachen, wo Macron im März 2018 den Karlspreis für seine Europapolitischen Vorstellungen verliehen bekam. Und deswegen heißt der Folgevertrag jetzt Aachener Vertrag. Selbst Wolfgang Schäuble, so heißt es, wurde von der Nachricht

überrascht. Die Kanzlerin hat ihn einfach übergangen.

Dabei bekleidet Schäuble formal das zweithöchste Amt im Staat, die Kanzlerin nur das dritthöchste. Aber ihr ist vermutlich in Erinnerung geblieben, dass sich Wolfgang Schäuble vor dem letzten CDU-Parteitag unpräsidial verhalten hat, als er sich in der Frage des neuen CDU-Parteivorsitzes hinter Friedrich Merz gestellt hat und nicht hinter Annegret Kramp-Karrenbauer, Wunschkandidatin von Angela Merkel.

Mit der Fürsprache hatte Schäuble sich weit aus seiner präsidialen Rolle hinausbewegt und erkennen lassen, dass die Verletzungen aus der Schwarze-Koffer-Spendenaffäre der CDU von 2000 immer noch nicht verheilt sind. Es bestand die Chance zur Revanche. Aber wer einmal verloren hat, kann ein zweites Mal verlieren. Nun ist Merkel nur noch Kanzlerin und durch den erklärten Verzicht auf eine neue Kandidatur ohne die Not einer Rückbindung und vorherigen Abstimmung.

Deutsch-Französische Parlamentskammer – wie?

Seitdem wurde hinter den Kulissen hektisch und mit Zähneknirschen die Zeremonie in Aachen vorbereitet. Die Frage, wie die Verabschiedung und Ratifizierung des Deutsch-Französischen Parlamentsabkommens durchgeführt werden soll, ist noch nicht entschieden. Es wurde nur berichtet, dass die parlamentarische Versammlung am 25. März, zwei Monate vor der Europaparlamentswahl und vier Tage vor dem Brexit-Termin am 29. März das erste Mal zusammentreten soll.

Auch die Fragen, wo die Konstituierung stattfinden soll und wie die Abgeordneten für das neue Gre-

mium bestimmt werden, sind ungeklärt. Wählen die Parlamente aus ihrer Mitte oder benennen die Fraktionen nach vorher festgelegtem Proporz? Wie ist das Verhältnis von Regierung und Opposition abgebildet? Nach welchem Modus wird entschieden, gemeinsame oder jeweilige Mehrheit? Wird die Umsetzung des Aachener Vertrags nur begleitet oder eine Kontrollfunktion eingefordert?

Charlemagne, Retter in der Not?

Ein Grund für die hektische Betriebsamkeit dürfte in der aktuellen Lage der EU zu finden sein. Einerseits befinden sich die nationalreaktionären Kräfte im Aufschwung. Der Besuch von Matteo Salvini für die italienische Lega bei der PiS in Polen steht in dem Bemühen, nach



Zeichnung: Klaus Stüttmann

der EP-Wahl eine superkonservative Fraktion im Straßburger Parlament zu bilden.

Auch die Unterstützung der Gelbwestenproteste durch die italienische Regierung ist ein Affront, um dieses Ziel zu erreichen. Nach aktuellen Umfragen könnte eine solche Fraktion mit rund 150 Mandaten zweitstärkste Kraft vor der Europäischen Sozialdemokratie werden. Dies liegt auch an der Entscheidung von Macron, sich der liberalen Fraktion im zukünftigen EU-Parlament zuzuwenden.

Ein zweiter Grund liegt in dem Hin und Her um den bevorstehenden Brexit und der erstmaligen Schrumpfung der EU. Dieser Prozess und sein Nachgang können sich in den Monaten April und Mai mit einem Stimmungstrend verbind-

den, der sich gegen die EU, das Parlament und die Brüsseler Bürokratie richtet.

Mit der groß inszenierten Unterzeichnung des Aachener Vertrags wurde versucht, dieser Tendenz einen Vertiefungsimpuls entgegenzusetzen, der aber – wie die aktuellen

deutsch-französische Verstimmungen über Nordstream 2 zeigen, schnell verpufft ist. Kritisch gewendet kann in der Einrichtung einer deutsch-französischen parlamentarischen Versammlung auch das Eingeständnis herausgelesen werden, dass die Europäische Union

in ihrer jetzigen Verfasstheit an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gekommen ist. Würde mit dem Aachener Vertrag bereits ein Grundstein für ein neues kontinentales Kerneuropa gelegt?

■ Wohlwollend und kritisch

EU-Ratsvorsitz wechselte am 1. Januar 2019 an Rumänien

von
Thomas Nord,
MdB

Der Vorsitz des Rates der Europäischen Union rotiert halbjährig. Im vergangenen Halbjahr hatte Österreich und damit Kanzler Sebastian Kurz den Vorsitz. Mit dem Beginn des Januars ging der Vorsitz auf Rumänien über und auf die Regierungschefin Viorica Dăncilă. Sie ist Mitglied der Partidul Social Democrat (PSD) und wurde am 29. Januar 2018 zur Ministerpräsidentin gewählt.

Es war bereits der dritte Wechsel an der Regierungsspitze seit dem Wahlsieg vom Dezember 2016. Sie hat ihren Vorgänger Mihai Tudose nach gut sechsmonatiger Amtszeit abgelöst. Dieser folgte Ende Juni 2017 auf Sorin Grindeanu, der sich sieben Monate im Regierungsvorsitz gehalten hat. Beide hatten versucht, sich vom Strippenzieher im Hintergrund, dem Vorsitzenden der PSD, Liviu Dragnea, zu emanzipieren, der wegen Vorstrafen selbst nicht Ministerpräsident werden kann.

Im April 2016 wurde er wegen Wahlbetrug zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt, ein Verfahren wegen Amtsmissbrauch in der Walachei war 2017 anhängig. Ein Dekret zur Lockerung der Antikorruptionsvorschriften wurde lanciert, das im Falle seines Gültigwerdens den Vorsitzenden Dragnea amnestiert hätte. Korruptionsfälle sollten nur noch ab einer Höhe von 200 000 Lei geahndet werden, was damals in etwa 45 000 € entsprach, Haftstrafen bis zu fünf Jahren amnestiert. Die EU-Kommission könnte ähnlich wie im August gegen Polen ein Vertragsverletzungsverfahren wegen Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit einleiten.

Dies hat im Februar 2017 Hunderttausende in Rumänien auf die Straße getrieben. Es waren die stärksten Proteste seit dem Sturz des Diktators Ceaușescu. Am 22.

Januar 2017 nahm Staatspräsident Iohannis in Bukarest an einer Demonstration gegen die Änderung des Antikorruptionsgesetzes teil und hielt eine Rede. Iohannis war im Wahlkampf 2014 explizit mit dem Ziel der Bekämpfung der Korruption angetreten. Dragnea warf dem Präsidenten eine Kampagne mit dem Ziel eines Staatsstreiches vor. Die Vorwürfe nutzten nichts, das Dekret musste zurückgezogen werden. Im Juni 2018 ist Dragnea erstinstanzlich zu drei Jahren und sechs Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt worden.

Eine Justizreform Ende 2017 wurde innerhalb Rumäniens hart kritisiert, weil darin ein Rückfall in alte Zeiten gesehen wurde. Staatsanwälten wurde die Unabhängigkeit gestrichen und sie wurden dem Justizminister unterstellt. Kritiker befürchten nun eine willkürliche Einflussnahme auf die Justiz. Vorgesetzte der Staatsanwälte sollen die Ermittlungen annullieren können. Die Reform wird als eine deutliche Schwächung des Rechtsstaates gewertet.

Im November 2018 hat Iohannis zunächst einen Vorschlag zur Kabinettsumbildung abgelehnt, weil er aus seiner Sicht zwei unpassende Nominierungen enthielt. Sie seien so unpassend, wie eigentlich die gesamte Regierung von Ministerpräsidentin Dăncilă. Aber Dragnea hat mit diesem Vorstoß einmal mehr klar gemacht, wer das Sagen in seiner Partei hat und erneut Kritiker abgestraft. Iohannis wirft seinerseits der Regierung vor, den Rechtsstaat abzubauen und die Korruptionsbekämpfung nicht zu führen.

Die Schilderung zeigt beispielhaft den Kampf Rumäniens im Dreieck zwischen Staat, Regierung und Bevölkerung, zwischen Herrschaft, Korruption und Demokratie. Sie zeigt einen harten Kampf,

der ausgetragen wird. Der EU-Ratsvorsitz wird hiervon nicht unberührt bleiben. Aber er kann auch als eine Möglichkeit gesehen werden, eine stärkere kritische Öffentlichkeit in der EU herzustellen, die sich sonst eher marginal für die Geschehnisse in Rumänien interessiert.

Das Jahr 2019 hält für das politische System Rumäniens weitere Herausforderungen bereit. Neben dem gerade übernommenen EU-Ratsvorsitz stehen ebenso die Wahlen zum Europäischen Parlament an, die in den Tagen vom 23. bis 26. Mai durchgeführt werden. Der Wahlkampf ist der Auftakt in den Wahlkampf für das Amt des Präsidenten, die Wahl findet spätestens im Dezember 2019 statt. Iohannis hat bereits angekündigt, erneut zu kandidieren. 2020 wird ein neues Parlament gewählt.

Zur Übernahme des Ratsvorsitzes wurde im Bukarester Athenäum ein Festakt aufgelegt, zu dem auch Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, Ratspräsident Tusk und Parlamentspräsident Tajani angereist waren. Doch bevor sie bei der Regierung erschienen, hatten sie einen Termin mit dem Präsidenten Iohannis, wo Juncker im Erfolgsfalle der Korruptionsbekämpfung ein Ende des Monitoringprozesses in Aussicht stellte und den Beitritt zum Schengenraum.

Es gab anlässlich der Veranstaltung, der der Präsident der Abgeordnetenversammlung, Liviu Dragnea, fernblieb, Demonstrationen gegen die Regierung und die Korruption in Rumänien. Aber auch gegen den Kommissionspräsidenten, der sich zuvor sehr kritisch über die Fähigkeiten Rumäniens geäußert hatte, die Aufgaben, die mit dem Ratsvorsitz einhergehen, angemessen zu erfüllen.

Die Beiträge wurden im Bundestagsreport (Ausgabe 1/Januar 2019, Ausgabe 2/Februar 2019) der Landesgruppe Brandenburg der Fraktion DIE LINKE veröffentlicht (www.dielinke-brandenburg.de/parlamente/bundestag).



von
Dr. Artur Pech,
Schöneiche,
Mitglied des Präsidiums des Bundesausschusses der Partei DIE LINKE,
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree

Fluchtursachen – Migration – Integration

Fachkonferenz der Fraktion DIE LINKE im Bundestag in Berlin am 17. Februar

Diese Konferenz ging auf den Leipziger Parteitag (8. bis 10. Juni 2018) zurück und bearbeitete die Themenblöcke Globale Migration, Einwanderungsrecht und Integration, Bekämpfung der Fluchtursachen und internationale Solidarität.

Sichtbar wurde der Fortschritt in der Diskussion innerhalb der Partei DIE LINKE zu diesem Thema. Immerhin konnten auch kontroverse Positionen vorgetragen werden und Störungen hielten sich in Grenzen. Differenzen wurden aber eher deutlicher als ausgeräumt und das wissenschaftliche Niveau der Beiträge war unterschiedlich.

Die Differenzen wurden schon im Umgang der Referenten mit den Fragen deutlich. Das reichte vom völligen Ignorieren der Fragestellungen mit einem davon wegehend unbeeinflussten Vortrag über die explizite Kritik an der Fragestellung (es seien die falschen Fragen gestellt) bis zum Bemühen, das Thema zu erfassen und abzuarbeiten. Ich hatte mich für das letztgenannte Herangehen entschieden und habe die Fragen bearbeitet:

- Ist Migration eine Möglichkeit, Ausbeutungsstrukturen zu entkommen?
- Welche Folgen hat der mit der gezielten Anwerbung von Fachkräften verbundene „Brain-Drain“ für die Herkunftsländer und die dort verbliebenen Menschen?
- Welche Bedeutung und Wirkung haben Rücküberweisungen?
- Wie können die Rechte von Migrantinnen und Migranten, insbesondere das Recht auf Bewegungsfreiheit, gestärkt werden?

Die Reaktion darauf war unterschiedlich, verdeutlicht aber ein Kernproblem der Auseinandersetzungen innerhalb der LINKEN mit dem Thema.

- Auf meine Kernaussagen
- Migration ist kein Ausweg aus der Ausbeutung;
- Abwerbung verbessert die Kapitalverwertung in den Zielländern und sabotiert die Entwicklung in den Herkunftsländern;
- Geldüberweisungen von Migrantinnen und Migranten helfen ihren Familien, und decken einen Teil der Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft, sind letztlich aber Teil einer Profitwirtschaft, die die Herkunftsländer in Abhängigkeit hält und in den Zielländern Extraprofite ermöglicht

konnte ich keine Reaktion wahrnehmen.

Stattdessen entzündete sich die Diskussion an einer Tabelle. Da hatte ich zur Illustration des „Brain Drain“ die Länder mit einer teilweise gravierend schlechteren Dichte von Ärztinnen/Ärzten je 1000 Einwohner als Deutschland aufgeführt, aus denen jeweils mehr als 1000 Ärzte in Deutschland arbeiten. Und an meiner Schlussfolgerung: „Jede und jeder Einzelne mag sich frei entscheiden haben. In einigen Fällen handelt es sich auch um Flucht. In Summe aber wird so Lebenszeit bei den Armen verkürzt und bei den Reichen verlängert.“

Regelrecht abstrus war die ziemlich empörte Entgegnung, Ausbeutung sei etwas anderes, das habe es früher gegeben. Logisch lief diese Entgegnung darauf hinaus, aktuelle Ausplünderung mit historischer

Ausplünderung zu relativieren, wenn nicht zu entschuldigen, aber auf jeden Fall hinsichtlich der Migrationspolitik für unwichtig zu erklären.

Die zweite Frage hatte einen tiefer liegenden Kern. Sie machte sich daran fest, dass sich ja jeder dieser Ärzte ganz frei dafür entscheiden habe, nach Deutschland zu kommen, und spitzte zu, ob ich sie denn etwa mit Gewalt daran hindern wolle.

Dem entgegne ich: Wer links ist, ist internationalistisch. Ich bin nicht nationalegoistisch nach dem Motto: Hauptsache in allen Gemeinden des Landkreises Oder-Spree gibt es einen Arzt, wie es nebenan in Polen aussieht, ist mir egal. Das kann kein linker Ansatz sein. Wenn man sich schon auf diese Weise bereichert, wird man darüber nachdenken müssen, wie dafür ein Ausgleich geschaffen wird. Ob das unter kapitalistischen Bedingungen möglich ist steht dahin. Aber zu akzeptieren, dass Ausplünderung anderer eigene Probleme löst, ist überhaupt nicht internationalistisch.

Auf der einen Seite das Recht jedes Arztes und jeder Ärztin selbst zu entscheiden, wo sie/er arbeiten will – auf der anderen das Recht der Menschen, denen durch lukrativere Angebote Gesundheitsversorgung entzogen und Lebenszeit genommen wird.

Auch hier gilt letztlich: Die freie Entwicklung eines Jeden als Bedingung für die freie Entwicklung aller, ist in der Klassengesellschaft nicht zu haben. Das ist nicht neu, sondern von Marx und Engels.

■ Themenkomplex 1: Globale Migration

Redebeitrag von Dr. Artur Pech

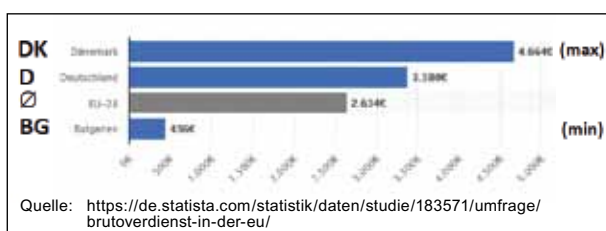


Bild 1: Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst von Vollzeitbeschäftigten in den Ländern der EU im Jahr 2014

Erstens

Ist Migration eine Möglichkeit, Ausbeutungsstrukturen zu entkommen?

Nein. Wer über das Verhältnis von Migration und Ausbeutung nachdenkt, kommt an der Ware Arbeitskraft nicht vorbei. Und an der alten Erkenntnis, dass der Wert dieser Ware von Land zu Land unter-

schiedlich ist. (MEW 15/260-261). Innerhalb der EU reichen die Unterschiede bis zum Faktor 10. Und im Gegensatz zu allen Versprechungen wachsen sie weiter. (Bild 1)

Weltweit geht es beim Pro-Kopf-BIP um den Faktor 200. (Bild 2) Es ist ernsthaft zu fragen, ob hier jemand der Meinung ist, dieses Problem sei durch Umverteilung lösbar?

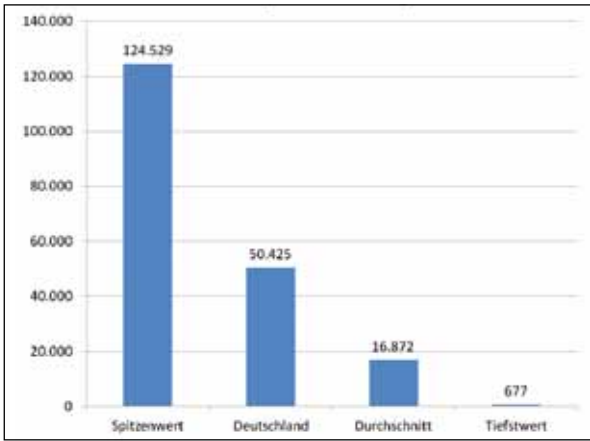


Bild 2: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf – Welt 2017 – international in \$, kaufkraftbereinigt

Diese Angaben hat die Bundesärztekammer per 31.12.2017 festgestellt. Ich habe lediglich die Anzahl der Ärzte pro 1000 Einwohner hinzugefügt. Um nur einen Fall herauszugreifen: In Deutschland gibt es für 1000 Einwohner 4,13 Ärzte, in Ägypten 0,81. Zugleich gibt es

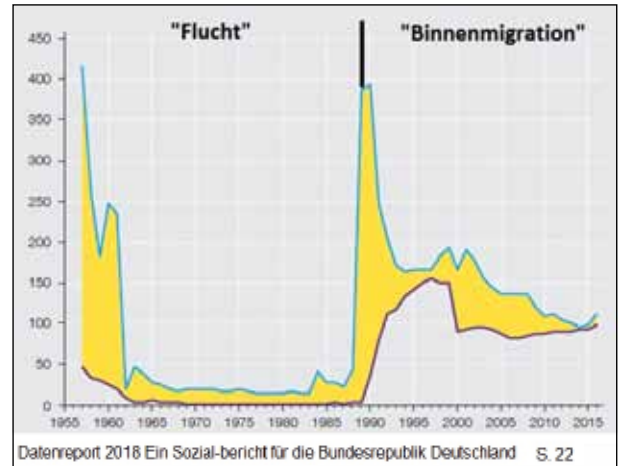


Bild 4: Ost-West-Wanderung in Deutschland 1957–2016 (in Tausend)

Migration folglich ist mit der Frage verbunden, wie und zu wessen Vor- oder Nachteil diese Unterschiede ausgebeutet werden.

„Doppelt freie Lohnarbeiter“ können formal selbst bestimmen, an wen sie ihre Arbeitskraft verkaufen. Bei diskriminierungsfreier Behandlung unterscheiden sich Migrantinnen oder Migranten in dieser Hinsicht nicht von allen Anderen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben müssen. Sicher aber ist: Das Problem selbst ist durch Migration nicht lösbar. Lösbar ist es nur im Klassenkampf und durch Entwicklung.

Zweitens

Welche Folgen hat der mit der gezielten Anwerbung von Fachkräften verbundene „Brain-Drain“ für die Herkunftsländer und die dort verbliebenen Menschen?

Abwerbung verbessert die Kapitalverwertung in den Zielländern und sabotiert die Entwicklung in den Herkunftsländern. Das wohl eindringlichste Beispiel kommt aus dem Gesundheitswesen.

	Anzahl	Dichte
Rumänien	4.505	2,67
Syrien	3.632	1,55
Russische Föderation	2.209	3,31
Polen	2.084	2,27
Ungarn	1.765	3,32
Bulgarien	1.715	4,00
Ukraine	1.485	3,00
Iran	1.427	1,49
Italien	1.415	3,95
Slowakei	1.231	3,39
Ägypten	1.226	0,81
Türkei	1.148	1,75
Serbien	1.041	2,46
Deutschland		4,13
Summe	24.883	

Bild 3: Ärzte in Deutschland aus Ländern mit einer geringeren Arztdichte (pro 1000 Einwohner)

hier über 1200 ägyptische Ärztinnen und Ärzte. Jede und jeder Einzelne mag sich frei entschieden haben. In einigen Fällen handelt es sich auch um Flucht. In Summe aber wird so Lebenszeit bei den Armen verkürzt und bei den Reichen verlängert.

Ich bin da völlig bei Henning Mankell: „Überall in Europa werden Krankenschwestern aus Afrika beschäftigt, die in Afrika fehlen. Früher haben sich die Europäer in Afrika das Gold geholt, heute sind es die Krankenschwestern: Wir sind immer noch Räuber!“ (<https://www.ksta.de/-wir-sind-immer-noch-raeuber-13090238>)

Drittens

Welche Bedeutung und Wirkung haben Rücküberweisungen?

Die Geldüberweisungen von Migrantinnen und Migranten helfen ihren Familien.

Wirtschaftlich decken Sie einen Teil der Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft. Letztlich sind sie Teil einer Profitwirtschaft, die die Herkunftsländer in Abhängigkeit hält und in den Zielländern Extraprofite ermöglicht.

Die folgenden Bemerkungen sind hierzulande eigentlich nicht zugelassen:

In den zurückliegenden 30 Jahren sind mehr als 4 Mio. Menschen aus dem Osten Deutschlands in den Westen gegangen. Das ist die Größenordnung wie zuvor in 40 Jahren DDR. Was heute „Binnenmigration“ heißt, wurde früher Flucht genannt.

Daraus lässt sich lernen: Auf Dauer ist Migration auch an den Außengrenzen der „Festung Europa“ durch den Einsatz staatlicher Machtmittel nicht zu beherrschen. Diese Politik kostet aber Menschen-

leben und kann den angestrebten Zweck zunächst durchaus erfüllen.

Und: Migration und deren Rechtfertigung mit Geldüberweisungen ist auch keine Lösung. Sonst würden die „etablierten Parteien“ in Deutschland heute nicht so sorgenvoll nach Osten gucken. Hier traut man sich die Argumentation mit den Geldüberweisungen aus dem und den guten Arbeitsplätzen im Westen jedenfalls nicht mehr. Was ist da eigentlich so anders, als bei weltweiter Betrachtung?

Viertens

Wie können die Rechte von Migrantinnen und Migranten, insbesondere das Recht auf Bewegungsfreiheit, gestärkt werden?

Eigentlich findet sich die Antwort in Artikel 12 Abs. 1 und 2 der Konvention über bürgerliche und politische Rechte von 1966.

Art. 12 Abs. 1: „Jeder, der sich rechtmäßig auf dem Territorium eines Staates aufhält, hat auf diesem Territorium das Recht, sich frei zu bewegen und seinen Aufenthaltsort frei zu wählen.“

Art. 12 Abs. 2: „Es steht jedem frei, jedes Land, auch sein eigenes, zu verlassen.“

So sehr auch heute noch Abs. 2 eingefordert wird, so sehr wird Abs. 1 für Migrantinnen und Migranten eingeschränkt. Das ist auch kein Wunder, denn Abs. 2 ist wesentliche Voraussetzung für Abwerbung und ein Recht zu bleiben, gibt es außerhalb der Flüchtlingskonvention völkerrechtlich nicht.

Das ist aber nicht nur eine Frage der Rechtssetzung und Rechtsdurchsetzung. Es ist vor allem eine Frage des Klassenkampfes und der Kräfteverhältnisse.

Lesetipp von Harald Schwaeger, Vorsitzender der Basisgruppe Schlau-betal

„neues deutschland“, 26./27.1.2019, S. 4-5, Interview mit Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht „Wir brauchen Druck auch in Deutschland“, Im Internet unter: www.neues-deutschland.de/artikel/1110869.wagenknecht-und-bartsch-wir-brauchen-druck-auch-in-deutschland.html?stt=Sabra%20Wagenknecht Informationen zu punktuellen Meinungsverschiedenheiten, in Fraktion und Parteivorstand und wie gemeinsame Grundsätze in die Politik einfließen.

Aus der Linksfraktion im Landtag



Dr. Volkmar Schöneburg,
Mitglied des Landtages Brandenburg,

- **Internet:**
<http://volkmar-schoeneburg.de/>
- **Facebook:**
www.facebook.com/volkmar.schoeneburg
- **Wahlkreisbüro**
Mühlenstraße 15,
15517 Fürstenwalde,
Telefon:
(0 33 61) 3 69 89 81
- **Mitarbeiterinnen**
Romy Neupert
Handy:
(01 52) 29 08 10 64
Franziska Schneider
Handy:
(0 15 20) 3 70 96 95

Verfassungsschutz kontrollieren, nicht ausbauen!

*„Der Staat ist eine Mühle die muss mahlen
Der Staat braucht Feinde wie die Mühle Korn braucht
Der Staat der keinen Feind hat ist kein Staat mehr
Ein Königreich für einen Staatsfeind“ (Heiner Müller)*

Die erste Parlamentsdebatte im neuen Jahr stand unter dem Motto: Wer hat die besten Ideen zum Ausbau des Verfassungsschutzes (VS). Zunächst erhitze in der Fragestunde die selbstherrliche, den Haushaltsgesetzgeber ignorierende Aufstockung des Brandenburger VS um 27 Stellen durch den Innenminister die Gemüter. Dann folgte die Diskussion über den Antrag der CDU „Neustart Verfassungsschutz!“. Inhaltlich deckt sich der Antrag weitestgehend mit den Auffassungen des durch die SPD geführten Innenministeriums. Gefordert werden eine fast schrankenlose Ausweitung der Befugnisse und eine Aufstockung des Personals des VS. Wie man nach nunmehr fast dreijähriger Arbeit des Brandenburger NSU-Untersuchungsausschusses (UA) diese Forderungen erheben kann, bleibt schleierhaft. Denn die Erkenntnisse aus dem UA weisen in eine ganz andere Richtung.

Abschaffung des Spitzelwesens

Der Einsatz von fälschlicherweise Vertrauensleute genannten Spitzeln ist rechtsstaatlich unvertretbar und zudem ein untaugliches Mittel. Ein Beispiel soll das illustrieren. Der Brandenburger VS hatte im September 1998, also zwei Jahre vor dem ersten NSU-Mord, durch seinen Spitzel Carsten Szczepanski verlässliche Informationen darüber, dass die im Januar 1998 untergetauchten Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt auf der Suche nach Waffen waren, um Raubüberfälle zu begehen. Dabei wurden sie von namentlich bekannten Aktivisten der rechten Szene unterstützt. Ein Sachbearbeiter des VS schätzte dies folgerichtig als eine Form des Terrorismus ein. Trotzdem sind die Informationen lediglich mit anderen Geheimdiensten, nicht aber mit den zuständigen Staatsanwaltschaften geteilt worden. Das Brandenburger

Verfassungsschutzgesetz sieht das jedoch zwingend vor. Damit ist die direkte Einleitung strafprozessualer Maßnahmen, die vielleicht zur Ergreifung des Trios vor dem ersten Mord geführt hätten, verhindert worden. Die Ursache für dieses fatale Agieren liegt nicht etwa in einem persönlichen Versagen von Mitarbeitern, sondern in dem vom VS praktizierten Quellenschutz. Dieser steht dem Legalitätsprinzip, das zur Aufklärung von Straftaten zwingt, diametral entgegen. Die Auswirkungen dieses Prinzips zeigen sich auch in den vom UA aufgedeckten Warnungen der Spitzel vor Wohnungsdurchsuchungen oder in der Einflussnahme der Schlapphüte auf staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen V-Leute und deren Führer aus dem VS.

Darüber hinaus konnte der UA feststellen, dass die Spitzel, obwohl das Brandenburger Verfassungsschutzgesetz auch dies ausschließt, nicht selten angestiftet worden sind, Straftaten zu begehen. Manchmal auch unter Beteiligung von VS-Mitarbeitern. Zudem trugen die Spitzel zum Teil zur Radikalisierung der rechten Szene bei.

Führt man sich all dies vor Augen, kann es eigentlich nur eine Konsequenz geben: Abschaffung des Spitzel(un)wesens. Sollte dies nicht realisierbar sein, müssen schärfere Grenzen für den Einsatz dieses nachrichtendienstlichen Mittels geschaffen werden (zuvor erst die Aufhebung des Quellenschutzes). Wohl wissend, dass der VS diese Grenzen im Zweifel überschreitet.

Aufrechterhaltung des Trennungsggebots zwischen Geheimdiensten und Polizei

Die Einführung von Abwehrzentren und Verbunddateien der Sicherheitsbehörden auf Bundesebene wurde als vermeintliche Lehre auch aus dem NSU-Skandal gefei-

ert. Dabei verkommt das verfassungsrechtliche Trennungsggebots zur bloßen Fassade. Das Gebot beinhaltet aufgrund ihrer unterschiedlichen Aufgaben und Befugnisse die organisatorische und sachliche Trennung von Polizei und Geheimdiensten, also auch das Verbot ihrer informationellen Verschmelzung. Dieses Gebot wurde von den Alliierten bei der Genehmigung des Grundgesetzes zum Verfassungsbestandteil erhoben. Das war eine historisch bedeutsame Konsequenz aus den bitteren Erfahrungen mit dem Reichssicherheitshauptamt und der Gestapo, die geheimdienstlich und gleichzeitig exekutiv-vollziehend tätig waren. Mit dem Trennungsggebots sollte eine undemokratische Machtkonzentration der Sicherheitsbehörden von vornherein unterbunden werden. Nun wird durch die CDU und SPD auch auf Landesebene einer noch engeren Verzahnung von VS und Polizei das Wort geredet. Dabei gingen alle Brandenburger VS-Skandale mit der Verletzung des Trennungsggebots einher. Auch hier soll nur ein Beispiel der Verdeutlichung dienen: Da nimmt der Referatsleiter Beschaffung des VS Anfang 2001 an allen polizeilichen Besprechungen zur Aufklärung der Straftaten der „Nationalen Bewegung“, einer rechten Organisation im Raum Potsdam, teil, um dann die so erlangte Information über eine geplante Razzia in der rechten Szene auf Geheiß seines Abteilungsleiters an den Spitzel in jener Szene zu verraten. Der LKA-Chef hingegen blockiert die strafrechtliche Reaktion auf diesen Geheimnisverrat trotz positiver Kenntnis zwei Jahre. Dann deckt die Presse die Geschehnisse auf. Nimmt man die Ergebnisse des UA nur halbwegs ernst, so muss man für eine Schärfung des Trennungsggebots eintreten.

Kontrolle stärken

Der letzte Vorgang war auch Gegenstand der Beratungen der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK), die den VS kontrollieren soll. Doch der Vorsitzende der PKK sah hier keinen Skandal. Das ist symptomatisch für die Arbeit der PKK. Ihre Kontrolle läuft weitgehend leer. Schon dass sie geheim den VS überwachen soll, ist ein Paradoxon. Zudem unterwerfen die Abgeordneten ihr Kontrollverständnis oft den Regeln politischer Alltagsopportunität. Eine effektive Kontrolle scheitert auch an den begrenzten Ressourcen der Parlamen-

tarier. Zu einer effizienteren „Überwachung“ des VS würde so die Bereitstellung von Mitarbeitern für die Ausschussmitglieder, die Schaffung eines Sonderbevollmächtigten mit umfassenden Rechten oder die Möglichkeit, den jeweiligen Fraktionsvorsitzenden über relevante Vorgänge zu informieren, führen. Außerdem sollten sich Mitarbeiter des VS ohne Beteiligung ihrer Vorgesetzten an die PKK wenden können (Whistleblower). Ein quasi revolutionärer Vorschlag ist der nach einer anderen Zusammensetzung der PKK, nämlich jeweils zur Hälfte aus Abgeordneten und Richtern.

Das wäre der Bedeutung der PKK angemessen. Denn sie soll eigentlich mit ihrer Kontrolle den Grundrechtsschutz übernehmen, den sonst die Rechtsprechung gewährt.

Bei der Diskussion um den VS sollte eine Erkenntnis aus dem seit 22 Jahren erscheinenden Grundrechte-Report, des Verfassungsschutzberichts von „Unten“, nicht aus den Augen verloren werden: „Die wirklichen Gefährdungen unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung und damit der Grundrechte und des Rechtsstaates gehen im Wesentlichen von staatlichen Institutionen aus.“

NACHRICHTEN AUS DER LANDTAGSFRAKTION DIE LINKE (Zusammenstellung: Franziska Schneider)

■ Paritégesetz: Brandenburg als bundesweiter Wegbereiter

von Andrea Johlige

Der Landtag hat mit den Stimmen von LINKEN, SPD und Bündnis 90/Die Grünen das erste Paritégesetz Deutschlands verabschiedet. Damit hat Brandenburg als erstes Bundesland eine verpflichtende Quotierungsregelung für die Landtagswahlen eingeführt. Das macht uns stolz und es zeigt, dass Vernetzung und gemeinsame Arbeit von Frauen über Parteigrenzen hinweg

progressive Mehrheiten erzeugen kann. Frauen wird damit eine gleiche Teilhabe - auch in der Politik - ermöglicht. Der Gleichberechtigungssatz des Grundgesetzes und der Landesverfassung ist für uns klarer Handlungsauftrag. Das im Januar-Plenum beschlossene Parité-Gesetz ist eine wirksame Maßnahme, um für Gleichstellung im öffentlichen Leben zu sorgen.

Manche Kommentatoren haben diesen Beschluss als historisch bezeichnet. Historisch? Vielleicht wird ja zukünftig tatsächlich in den Feierstunden zu 200 Jahren Frauenwahlrecht auch auf 100 Jahre Parité-Regelungen in Deutschland zurückgeblickt und darauf hingewiesen, dass der Brandenburger Landtag es war, der die erste Parité-Regelung in Deutschland

beschlossen hat. Heute können wir uns kaum noch vorstellen, dass es tatsächlich eine Zeit gab, wo Frauen das Wahlrecht vorenthalten wurde. Und wir hoffen, in 100 Jahren ist es genauso und niemand kann sich mehr vorstellen, dass es tatsächlich Parlamente gab, in denen nur 30 Prozent Frauen saßen.

*Beschlussempfehlung:
Drucksache 6/10466*

■ Bezahlbaren Wohnraum für alle sichern

Von Anita Tack, stadtentwicklungspolitische Sprecherin

In vielen Regionen Brandenburgs, vor allem im Berliner Umland, wird Wohnraum immer knapper und teurer. Um gegenzusteuern, hatte der Landtag auf Initiative von SPD und LINKE vor einem Jahr die Landesregierung aufgefordert, den Entwurf für ein soziales Wohnraumfördergesetz auszuarbeiten. Der Entwurf liegt jetzt zur parlamentarischen Beratung vor.

DIE LINKE will die bisherige

gen Förderbedingungen verbessern und dafür Sorge tragen, dass mehr Menschen eine mietpreis- und belegungsgebundene Wohnung erhalten können. Auch kann wesentlich flexibler auf die unterschiedlichen Wohnraumbedürfnisse reagiert werden. Das betrifft insbesondere die Erweiterung der Einkommensgrenzen, der Wohnformen (WGs, Wohnheime, altersgerechtes Wohnen, Mehrgenera-

tions- und Integrationshäuser) und das studentische Wohnen. Ziel ist eine bedarfsgerechte Förderung für Neubau und Sanierung von Wohnungen und zur Kiezbildung mit konkret zugeschnittenen städtischen Lösungen.

Wir wollen größere Anreize geben, damit deutlich mehr bezahlbare Wohnungen für junge Leute, für Familien mit Kindern, für Menschen mit weniger Einkommen

und für Studierende und Azubis in den Städten geschaffen werden. Brandenburg stellt dafür mit 100 Millionen Euro pro Jahr ausreichend Gelder des Landes und des Bundes zur Verfügung. Mit einem weiteren Gesetzentwurf wird den Kommunen die Möglichkeit gegeben, gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum vorzugehen.

Drucksache 6/10384

■ Kommunen sollen von Windkraft profitieren

Von Thomas Domres, energiepolitischer Sprecher

Der im Rahmen der Energiewende notwendige weitere Ausbau der Windenergie führt im Land Brandenburg zu immer größeren Widerständen in der Bevölkerung und den Kommunen im Umkreis von Windkraftanlagen. Die Frage vieler Bürgermeisterinnen und Bürgermeister „Was hat die Kommune davon?“, kann bisher kaum beantwortet werden.

Unsere Aufgabe im Landtag ist es, Antworten zu geben, wie der weitere Windenergiezuebau sozi-

al und naturverträglich gestaltet werden und seine Notwendigkeit den vor Ort Betroffenen besser als bisher vermittelt werden kann. Die mit der Windenergie verbundenen Chancen für die Entwicklung ländlicher, oft strukturschwacher Regionen müssen für die Menschen greifbar werden. Letztlich geht es um die Absicherung der Akzeptanz nicht nur der Windenergie, sondern der Energiewende insgesamt - und zwar dort, wo sie für jedermann unüberseh-

bar stattfindet. Deshalb haben wir einen Gesetzentwurf zur Zahlung einer Sonderabgabe an Gemeinden im Umfeld von Windenergieanlagen auf den Weg gebracht. Mit dem Gesetz soll eine Pflicht der Betreiber aller neu zu errichtenden Windenergieanlagen, die einer Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz bedürfen, zur Zahlung einer Sonderabgabe von jährlich 10 000 Euro je Windkraftanlage an die betroffenen Gemeinden festgeschrieben wer-

den. Ziel ist es, die Akzeptanz für Windkraftanlagen zu erhöhen und die regionale Wertschöpfung zu steigern.

Wenn die Brandenburgerinnen und Brandenburger merken, dass zum Beispiel ihre Kita aus der Beteiligung an Projekten der Produktion erneuerbarer Energien mitfinanziert wurde, wird dies die notwendige Akzeptanz steigern helfen.

Drucksache 6/10392

Wie legitim ist der ausgehandelte Kohlekompromiss?

Strukturwandel gelingt nur mit Einbeziehung der Lausitz-Bürger



Die Autoren und LINKEN Lausitzer Mitglieder des Landtages Brandenburg Anke Schwarzenberg, Cottbus, Kathrin Danenberg, Calau und Matthias Loehr, Cottbus (von rechts), Foto: DIE LINKE

Wer in der Lausitz lebt, der weiß, wie lange die Menschen hier schon über das Ja oder Nein der Braunkohleförderung diskutieren und streiten. Das hat natürlich auch Spuren hinterlassen, oftmals sogar tiefe Gräben und seelische Verletzungen, die bis in manche Familien hinein zu spüren sind.

Im Juni 2018 wurde durch die Bundesregierung die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung eingesetzt. Deren Aufgaben waren es zum einen, den internationalen Klimaschutzverpflichtungen gerecht zu werden und zum anderen, den heutigen Braunkohleregionen konkrete Perspektiven für neue zukunftssichere Arbeitsplätze im Zusammenwirken zwischen Bund, Ländern, Kommunen und wirtschaftlichen Akteuren zu schaffen.

Insgesamt 31 Personen aus der Energiewirtschaft, den Umweltverbänden, aus der Politik, den Gewerkschaften, aus der Wissenschaft und nicht zuletzt Akteure aus der Lausitz wurden in diese Kommission berufen. Ihrem jeweilig entsandten Gremium verpflichtet, haben sie wochenlang um jedes Wort, jede Zahl gestritten und gerungen.

Der Kompromiss liegt nun auf dem Tisch, muss aber noch vom Bundestag durch einen Staatsver-

trag umgesetzt werden. Es ist ein Bericht, der von fast allen Mitgliedern dieser Kommission getragen wird, nur Frau Wodtke von „Grüne Zukunft Welzow“ hat diesem Bericht nicht zugestimmt, weil ihrer Meinung nach die konkrete Absage zum Neuaufschluss des Tagebaus Welzow-Süd II fehlt.

Wer jedoch das festgelegte Ausstiegsdatums 2038 ernst nimmt, weiß, dass es damit keine neuen Tagebaue geben kann und der Erhalt von Proschim so gesichert ist.

Aus unserer Sicht sollte dieser breite gesellschaftliche Konsens angenommen und mit aller Kraft umgesetzt werden. Das ist nicht zuletzt auch eine Aufgabe der LINKEN, den wollen wir in der Lausitz gemeinsam mit den hier lebenden und arbeitenden Menschen gestalten.

Der Kompromiss sichert, dass die laufenden Tagebaue Jänschwalde und Welzow-Süd planmäßig abgeschlossen werden können. Dadurch kann der Bergbaubetreiber die notwendigen Rückstellungen für die Sanierung und Rekultivierung erwirtschaften und bilden.

Wir werden in Brandenburg die Rückstellungen sichern, damit diese Kosten nicht dem Steuerzahler anheimfallen. Dazu erfolgt die Bildung eines Sondervermögens, welches durch die Verpfändung von Kapital oder gleichwertigem Vermögen an das Land werthaltig und insolvenzfest überführt wird.

Der Strukturwandel selbst ist ein Prozess, der uns Jahrzehnte begleiten wird. Die meisten der Beschäftigten in den Tagebauen und Kraftwerken wissen um das bevorstehende Ende der Kohleindustrie und sorgen sich verständlicherweise um ihre Zukunft.

Über Generationen waren sie es, die uns, den Osten Deutschlands, mit Strom und die Region mit Wärme versorgt haben, und dafür müssen nicht nur wir einmal mehr Dank sagen.

Die Lausitzer Wirtschaft verfügt neben den 8000 Beschäftigten in dem strukturbestimmenden Energiezweig über etwa 40000 Arbeitsplätze in den Bereichen Che-

mie- und Kunststoffindustrie, Metall- und Maschinenbau sowie in der Ernährungswirtschaft. Viele von ihnen sind durch Lieferbeziehungen an die Energiewirtschaft gebunden. Rund 25 Prozent der Erwerbstätigen Brandenburgs arbeiten in der brandenburgischen Lausitz. Der Anteil des produzierenden Gewerbes ist hier mit rund 24 Prozent höher als in anderen Regionen der Mark und erreicht damit den Bundesdurchschnitt. Eine Aufgabe der kommenden Jahre ist es, diese (industriellen) Kerne zu stärken und nach Möglichkeit auszubauen. Dazu gehören eine aktive Ansiedlungspolitik und das gezielte Anwerben von Fachkräften, auch aus dem Ausland. Insbesondere muss die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Polen auf diesem Gebiet verstärkt werden

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich Arbeit verändert und sich neue Berufsbilder entwickeln. Der Süden Brandenburgs steht mit Blick auf diese Veränderungen, bedingt durch Digitalisierung und die demografische Entwicklung, vor den gleichen Herausforderungen wie andere Regionen. Doch kommt für die Lausitz der absehbare Verlust ihrer Kernindustrie hinzu und die Aufgabe, diesen zu kompensieren.

Die Lausitz gehört ebenfalls, wie auch andere Regionen in Brandenburg, zum ländlichen Raum. Für die Entwicklung dieser Räume brauchen wir Lösungen, von denen alle partizipieren.

Der Strukturwandel kann nur gelingen, wenn die Menschen an den Entscheidungen mitwirken, sie die Möglichkeit haben, mitzuzentscheiden und ihre Ideen einzubringen. Erst dann werden solche unser aller Leben beeinflussenden Veränderungen mitgedacht, angenommen und mitgestaltet.

Die Lausitz ist ein Teil eines größeren Ganzen. Die großen globalen Probleme lösen zu wollen, heißt aber, damit vor Ort zu beginnen, und dieser Aufgabe stellen wir uns!

Aus dem Kreistag Oder-Spree

Der Frieden, Europa, Soziales und das Geld

Aus dem Februar-Kreistag

Der Frieden

Auf Antrag der Linksfraktion hatte der Kreistag im vorigen Jahr den Beitritt des Landkreises zur weltweiten Organisation der „Bürgermeister für den Frieden“ beschlossen. Diese Organisation hat sich auf Initiative der Bürgermeister von Hiroshima und Nagasaki gegen den Atomkrieg gegründet. Der Landrat informierte nun auf Bitte von Mechthild Tschierschky in seinem Geschäftsbericht über das Beitrittsprocedere. Das ist nicht nur eine organisatorische Frage. Das angekündigte Ende des Vertrages über die Mittelstreckenraketen in Europa („INF“) – die ja auch ein Mittel für den Atomkrieg in Europa sind – macht die Notwendigkeit des Kampfes gegen die wieder wachsende Kriegsgefahr deutlich. Dafür sind auch die Möglichkeiten dieses Bündnisses der Bürgermeister für den Frieden zu nutzen. Das müssen wir tun.

Europa

Nach den Entwicklungen („Widerspruch“ 2/2019) mit den in Wellmitz unter unmöglichen Bedingungen lebenden rumänischen Staatsbürgern bat ich den Landrat, im Geschäftsbericht auf den aktuellen Stand einzugehen. Unter dem Strich machte er deutlich :

1. Er hat in die Zuständigkeit des Landkreises fallende Möglichkeiten des Bauordnungsrechts und des Jugendrechts genutzt, um einen unhaltbaren Zustand zu beenden.
2. Die Menschen wurden nicht auf die Straße gesetzt, sondern zunächst in einer Unterkunft des Landkreises untergebracht. (Anderorts werden Obdachlose durch die zuständigen Behörden vertrieben, ohne sich weitere Gedanken zu machen. A.P.)
3. Ein Teil der Lösung war, denen, die sich darauf einließen, die Rückfahrt nach Rumänien zu bezahlen. Das ist nicht so einfach, weil sie als „Unionsbürger/in“ das Recht haben, hier zu bleiben.
4. Es ist ein regelrechtes „Geschäftsmodell“, Familien aus Ru-

mänien nach Deutschland zu locken, Beschäftigungsverhältnisse vorzutäuschen und die so erzielten Erträge abzuzocken. Im Fall Wellmitz soll der im Hintergrund wirkende Eigentümer des Hauses u.a. direkten Zugriff auf die Konten der dort lebenden Menschen gehabt haben.

Tatsächlich hat sich auch in diesem Falle gezeigt, dass selbst innerhalb der EU „offene Grenzen“ die Probleme nicht lösen, sondern nur verschieben. Die Betroffenen haben hier Hilfe gesucht, die sie in ihrer Heimat nicht fanden und werden dann zurückgeschickt.

Das zu ändern, geht deutlich über die Möglichkeiten eines Landkreises hinaus.

Soziales

Der Kreistag hat mit unseren Stimmen beschlossen, dass die in diesem Bereich tätige kreiseigene GmbH eine Unterkunft für Senioren in Eisenhüttenstadt errichten soll. Der Landrat wurde beauftragt, als Vertreter des Landkreises in der Gesellschafterversammlung die erforderlichen Schritte einzuleiten. Ein besonderes Augenmerk wurde dabei darauf gerichtet, dass die Unterbringung in diesem Heim auch für Menschen möglich sein soll, die auf finanzielle Unterstützung angewiesen sind, weil sie einen Platz sonst nicht bezahlen können.

In der Diskussion im Kreistag kam aber auch eine Art Rechthaberei zum Tragen, mit der dieses Ziel letztlich gefährdet worden wäre. Eine Mehrheit des Kreistages hat sich davon jedoch nicht beirren lassen und der Verwaltung den Auftrag erteilt. Das war wichtig, weil in Eisenhüttenstadt die Zeit drängt und die anstehenden Kommunalwahlen sonst zu einer zeitlichen Verzögerung geführt hätten.

Unser Antrag auf Einrichtung einer Ombudstelle für das Jobcenter (siehe Kasten) wurde dagegen von einer Mehrheit des Kreistages abgelehnt. Da ich den Sachverhalt bereits in der vorigen Ausgabe des „Widerspruch“ dargestellt hatte, kann ich hier auf nähere Erläute-

rungen verzichten. Unsere Argumente konnten in der Diskussion nicht entkräftet werden. Wir müssen also auch nach den Wahlen daran weiter arbeiten, weil die Widerspruchsquote im Jobcenter trotz aller Verbesserungen in jüngerer Zeit noch immer überdurchschnittlich hoch ist.

Kreishaushalt

Die Verwaltung hat den Haushalt für das Jahr 2019 eingebracht, damit er im April in der letzten Sitzung dieser Wahlperiode noch verabschiedet werden kann. Eine detaillierte Auseinandersetzung mit diesem Haushalt muss noch erfolgen, zwei grundsätzliche Anmerkungen sind jedoch schon jetzt möglich:

Der Landkreis war noch nie finanziell so gut ausgestattet, wie im Jahr 2019. Das ist so, weil einerseits die wirtschaftliche Entwicklung auch dem Landkreis zusätzliches Geld in die Kassen spült und andererseits vom Land die finanziellen Rahmenbedingungen deutlich verbessert wurden. Beides zusammen ermöglicht unter anderem eine weitere deutliche Senkung der Kreisumlage – also des Prozentsatzes der Einnahmen, die die kreisangehörigen Städte an den Landkreis abgeben müssen, damit der seine Aufgaben erfüllen kann.

DOKUMENTIERT

Antrag: Einrichtung einer Ombudstelle im Jobcenter

Der Landrat wird beauftragt im Jobcenter des Landkreises Oder-Spree eine Ombudstelle einzurichten

Begründung:

Eine Auswertung der Widersprüche, die in den Jobcentern des Landes Brandenburg gegen dort erlassene Bescheide eingelegt werden, hat ergeben, dass im Landkreis Oder-Spree seit 2015 landesweit der höchste Anteil von Bedarfsgemeinschaften zu verzeichnen ist, die gegen Bescheide Widerspruch einlegen.

Obwohl seit 2017 dieser Anteil von rund 30 Prozent der Bedarfsgemeinschaften auf rund 20 Prozent zurückgegangen ist, beläuft er sich noch immer auf das Doppelte des Landesdurchschnitts.

Das macht die Notwendigkeit deutlich, weitere Maßnahmen zur Qualitätssicherung im Jobcenter und für die Anhörung der Betroffenen einzuleiten.

von
Dr. Artur Pech,
 Schöneiche,
 Vorsitzender der
 Fraktion DIE LINKE
 im Kreistag Oder-
 Spree

Wenn aber die finanzielle Lage so gut ist, warum eigentlich soll dann kein Geld dafür da sein, endlich die Lücke bei der Schülerbeförderung zu schließen, die noch immer in den Ferienmonaten besteht? Wie wichtig ist uns die Möglichkeit, für alle Schülerinnen und Schüler in der Ferienzeit die vorhandenen Angebote wahrzunehmen? Und wie ernst nehmen wird die Sorgen der Familien, die auch

in den Ferienmonaten eine Betreuung brauchen? Wir werden entsprechende Anträge stellen und über das Ergebnis berichten.

Aus der Mitte des Kreistages gab es einen Antrag von Abgeordneten aus verschiedenen Fraktionen, an den Grenzen des Landkreises Begrüßungsschilder aufzustellen, wie das schon bei vielen anderen Landkreisen der Fall ist. Dafür hatte sich aus unserer Fraktion beson-

ders Bernd Stiller engagiert. Ich war schon verblüfft, wie dann um diese Frage gestritten wurde. Der Beratungsbedarf war so groß, dass die Vorlage erst einmal in die Ausschüsse verwiesen wurde. Wir werden sehen, ob sich da der Vorschlag von Mechthild Tschierschky durchsetzt, auf diesen Schildern auch das Engagement des Landkreises in der Gemeinschaft der „Bürgermeister für den Frieden“ sichtbar zu machen.

Aus den kommunalen Fraktionen der LINKEN

■ Schöneiche

■ Privat oder Staat: Wer zahlt für den Straßenbau?

Bernaus Bürgermeister André Stahl (DIE LINKE) zu Gast in Schöneiche



von
Katrin Fiegler,
stellvertretende
Vorsitzende der
Fraktion DIE LINKE
in der Gemeindever-
tretung Schöneiche
bei Berlin, parteilos,
Foto: Andreas
Winter

Privat oder Staat: Wer zahlt für den Straßenbau? Unter dieser Überschrift lud die Linksfraktion in der Schöneicher Gemeindevertretung am 23. Januar 2019 zu einem Info- und Diskussionsabend zur Frage der Straßenbau- und Erschließungsbeiträge in die Kulturgießerei ein.

Großer Andrang beim Info- und Diskussionsabend der Linksfraktion

Mehr als 50 interessierte Schöneicher*innen folgten dieser Einladung. Unter ihnen waren viele Anlieger*innen sog. Sandstraßen, die in den kommenden Jahren „erschlossen“ werden sollen, sowie Anwohner*innen der sanierungsbedürftigen Brandenburgischen Straße. Im Laufe der gut zweistündigen Veranstaltung zeugte die rege Diskussion davon, dass dieses Thema im Moment hochaktuell ist.

Es eröffnete die stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion in der Gemeindevertretung, Katrin Fiegler. Es folgte eine Einleitung von Fritz Viertel, Schöneicher Ortsvorsitzender sowie Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der Partei DIE LINKE.

Rechtsgrundlagen und lokal-politischer Diskussionsstand

Er informierte über die rechtlichen Grundlagen. Etwa dass die Erschließungsbeiträge gemäß Baugesetzbuch (also Bundesrecht) und die Straßenbaubeiträge gemäß Kommunalabgabengesetz (also Lan-

desrecht) erhoben werden müssen. Außerdem wies er auf den bisherigen Diskussionsstand der Schöneicher Lokalpolitik zum Thema hin. So wurden Vorschläge der Fraktionen DIE LINKE und BBS/UBS zur Senkung der Anliegerbeiträge im März 2018 von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Ähnlich wie ein Antrag der LINKEN im Jahr 2017, der eine klare und einheitliche Vorgehensweise bei der Anwohnerbeteiligung zum Ziel hatte.

Beispiel Bernau: „Erweiterte Instandsetzung“ statt Erschließung

Dann folgte der Hauptgast des Abends. André Stahl (Bürgermeister von Bernau, DIE LINKE) war der Einladung nach Schöneiche gefolgt. Eindrucksvoll locker gelang es ihm, über die „Bernauer Verhältnisse“ zu berichten. Und über einen Weg, den seine Stadt gefunden hat, um ihre Einwohner*innen von hohen Erschließungskosten zu entlasten: Die „erweiterte Straßeninstandsetzung“ mit einer Asphaltdecke auf dem vorhandenen Sand- bzw. Schotteruntergrund.

Mit rund 120 Euro pro laufendem Meter ist diese Variante für alle Beteiligten (Gemeinde und Anlieger*innen) deutlich günstiger als eine normgerechte Erschließung, die mit mehr als 1000 Euro pro laufendem Meter zu Buche schlägt. Bei der Erschließung zahlen die Anlieger*innen zudem 90 Prozent der Kosten, während sie bei der „erweiterten Instandset-

zung“ in der Regel nur die Grundstücksauffahrten und keine Beiträge bezahlen müssen.

Instandsetzungsmodell als Option

André Stahl beantwortete geduldig die Fragen der Anwesenden und zeigte klar die Risiken und Probleme des „Bernauer Modells“ auf. So würde dies nicht davor bewahren, dass später doch eine normgerechte Herstellung der Straßen durchgeführt werden müsse. In Bernau können die Anlieger*innen deshalb wählen, ob sie eine normgerechte (und beitragspflichtige) Erschließung wollen oder nicht. Im Gegensatz zu Schöneiche wird diese aber nur durchgeführt, wenn eine Mehrheit dafür ist.

Bislang hat sich beides – das Instandsetzungsmodell und die Beteiligung der Betroffenen in Bernau – bewährt. Am Ende der Veranstaltung war klar, dass das Thema, Straßenbau- und Erschließungsbeiträge mit allen Facetten und Möglichkeiten bürgerfreundlich zu gestalten, über die Kommunalwahl im Mai hinaus ein Thema bleibt. DIE LINKE wird die Bernauer Erfahrungen in die Schöneicher Diskussion einbringen.

Bürgermeister Stahl jedenfalls lud interessierte Schöneicher Gemeindevertreter*innen und Verwaltungsmitarbeiter*innen nach Bernau ein, sich vor Ort ein Bild über den dort gewählten Weg zur Verbesserung der Situation an den Sandstraßen zu machen.

■ Fahrrad statt Auto: LINKE und GRÜNE für mehr Radverkehr

Gemeindevertretung berät über grenzübergreifende Radverkehrsförderung

Um einen wirksamen Beitrag für saubere Luft, weniger Unfälle und eine Begrenzung des Klimawandels zu leisten, muss Schöneiche in Zukunft anders mobil sein als heute. Ein Drittel der klima- und umweltschädlichen CO₂-Emissionen in unserer Waldgartengemeinde wird durch den Straßenverkehr verursacht.

Wir legen einfach zu viele Wege mit dem Auto statt zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit Bus und (Straßen-)Bahn (dem sogenannten Umweltverbund) zurück. Davon würden allerdings nicht nur unsere Gesundheit und das Klima profitieren. Straßen und Parkplätze stünden dann auch wirklich denjenigen zur Verfügung, die tatsächlich auf das Auto angewiesen sind.

Fahrradfahren attraktiver machen

Damit mehr Menschen mit dem Rad fahren, müssen die Bedingungen dafür verbessert werden. Ein Ansatzpunkt sind die Wege der zahlreichen Berufspendler*innen, die täglich zur Arbeit nach Berlin fahren. Ein wichtiger Umsteigepunkt für sie ist der S-Bahnhof Rahnsdorf. DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen es einfacher und sicherer zu machen, mit dem Rad statt mit dem Auto dorthin zu gelangen.

Gemeinsam haben die Linksfraktion und die Fraktion NF/GRÜNE/FFW deshalb einen Antrag (AN 630/2019) in die Gemeindevertretung eingebracht, dessen Ziel der (Aus-) Bau eines weiteren Radweges von Schöneiche (Fichtenu) nach Rahnsdorf ist. Der Bürgermeister soll dies gemeinsam mit dem Berliner Bezirk Treptow-Köpenick prüfen.

DIE LINKE schlägt außerdem den Bau eines Fahrradparkhauses am S-Bahnhof Rahnsdorf vor (AN 631/2019), um abgestellte Räder vor Diebstahl und Witterung zu schützen. Für beide Maßnahmen stellt das Bundesumweltministerium Geld über ein Förderprogramm bereit.

Werben für's Radeln

Darüber hinaus wollen LINKE und GRÜNE einerseits bei der Ortspolitik mehr Aufmerksamkeit für den Radverkehr erzeugen und andererseits bei Nachbar*innen für den Umstieg auf das Fahrrad werben. Dafür soll sich Schöneiche im Spätsommer 2019 zum zweiten Mal am bundesweiten „STADTRADELN“ beteiligen (AN 632/2019).

Erstmals hatte die Gemeindevertretung im September 2018 auf Grund einer Petition die Teilnahme beschlossen. Obwohl die

Aktion damals kaum noch beworben werden konnte, radelten 27 Schöneicher*innen innerhalb von drei Wochen mehr als 4300 Kilometer.

Verkehrswende von unten

Über alle drei Anträge wird die Gemeindevertretung in ihrer Sitzung am 14. Februar 2019 entscheiden*. Allein werden diese Maßnahmen nicht ausreichen, um eine grundsätzlich andere Mobilität zu organisieren. Aber es sind kleine Schritte für eine Verkehrswende von unten. Die ist umso nötiger, als das CSU-geführte Bundesverkehrsministerium in erster Linie den Profiten der Automobilindustrie verpflichtet zu sein scheint. Und darüber den sozial-ökologischen Umbau der Mobilität in Deutschland verpennt.

* Abstimmungsergebnisse in der Gemeindevertreterversammlung am 14.2.2019:

Aus Zeitgründen wurde nur der Antrag „Radweg zum S-Bahnhof Rahnsdorf“ behandelt und nach langer Diskussion beschlossen.

Die anderen beiden Anträge verschieben sich in die nächste Sitzung.



von
Fritz R. Viertel,
 Vorsitzender
 DIE LINKE Schöneiche bei Berlin,
 Sachkundiger Einwohner im Umwelt- und Verkehrsausschuss der Schöneicher Gemeindevertretung,
 Foto: Andreas Winter

NACHRICHT

Wachstum gerät an Grenzen

Baumesse in Erkner belegt: Ende des Baubooms naht

Seit Jahren ist es im Berliner Speckgürtel ungeschriebenes Gesetz, dass es der Baubranche glänzend geht, Handwerker nur mit langen Fristen zu bekommen sind und die Auftragsbücher der Baugewerke über Monate oder gar Jahre hinweg kaum noch Lücken aufweisen. Am Samstag, 9. Februar 2019 hat Franziska Schneider, Direktkandidatin im Wahlkreis 31 für die Landtagswahl 2019, in Erkner die traditionelle Messe OderSpreeBau besucht und wollte aus erster Hand erfahren, wie es um

die Bauunternehmen steht. Beeindruckt war sie von der fachlichen Vielfalt der Angebote, der professionellen Präsentation und den freundlichen Leuten an den verschiedenen Ständen, die sich sehr gut auskennen mit ihrem Angebot.

Aber es sind auch vermehrt Sorgen zu hören. Der Bauboom der vergangenen Jahre wird gebremst durch verschiedene Faktoren. Zum Beispiel die Explosion der Grundstückspreise. Aber auch, dass in manchen Gemeinden kaum noch freie

Flächen für Neubau verfügbar sind, spielt eine Rolle. Wer auf Dienstleistungen am Haus spezialisiert ist, hat noch auf viele Jahre keine Sorgen mit der Auftragslage. Aber Immobilienmakler und Kompletthausanbieter sehen sich einem zwangsläufig schrumpfenden Markt gegenüber.

Mangels sozialem Wohnungsbau werden die Kosten des Wohnens in der Region allerdings auf unabsehbare Zeit hoch bleiben, wenn es keinen politischen Willen gibt, hier einzuschreiten.



Gute Gespräche: Die Aussteller der Messe OderSpreeBau in Erkner gaben offen und ehrlich über die aktuelle Geschäftslage und die Risiken Auskunft. So wie Dipl.-Ing. Angela Klemke, die seit 1996 gemeinsam mit ihrem Mann das Unternehmen Fertighaus Neuenhagen GbR führt.
 Text: Franziska Schneider, Foto: Privat

DOKUMENTIERT

Hände weg von Venezuela!

Was geschieht tatsächlich in Venezuela?

Von Harri Grünberg, AG Cuba Si, Mitglied des Parteivorstandes der Partei DIE LINKE

Verschiedene Friedensorganisationen bringen es auf den Punkt, manche Linke hingegen sind desorientiert oder verweigern die Solidarität mit Venezuela. Sie fallen auf die Fake News der orchestrierten bürgerlichen Journaille herein. Worum geht es in Venezuela: „Die USA, die EU und viele europäische Staaten versuchen mit allen Mitteln, in Venezuela einen Regimewechsel durchzusetzen. Putsch und Mordversuche, Destabilisierung, Sanktionen, Desinformation, Manipulation sozialer Medien, Unterstützung paramilitärischer Organisationen haben bisher nicht vermocht, die venezolanische Regierung zu stürzen.“ (Bremer Friedensforum) Es geht nicht um Demokratie, sondern um Rohstoffe, und die Linksregierung soll beseitigt werden, weil die einen eigenständigen Entwicklungsweg beschreitet, der sich auf die Zusammenarbeit mit Russland, China, Indien und vielen anderen blockfreien Staaten stützt. Venezuela erfährt jedoch auch Solidarität aus dem globalen Süden. Das Instrument der Zuspitzung soll die vermeintliche „Humanitäre Krise“ sein.

„Welches ‚Verbrechen‘ haben die venezolanischen Regierungen unter Chávez und Maduro begangen? Sie haben versucht, die Lebenssituation der armen Bevölkerung zu verbessern. Sie haben versucht, einen Teil des Reichtums des Landes der Bevölkerung zu Gute kommen zu lassen. Die Oligarchie in Venezuela, zwanzig Familien, die sich seit Jahrhunderten Reichtum und Macht im Land teilen, hat begriffen, dass den Armen nur geben kann, wer den Reichen nimmt.“ (Bremer Friedensforum) Das soll wieder verändert werden, und zwar mit Gewalt.

Erinnern wir uns:

Die jetzigen Eliten, die wieder nach der Macht greifen, plünderten während der sogenannten IV. Republik das Volk aus. Vom Ölreichtum sah die Mehrheit der Bevölkerung nichts, die Gewinne landeten in den Taschen der Eliten und der oberen Mittelschicht und der transnationalen Konzerne. Analphabetismus, vor allem der sogenannte strukturelle Analphabetismus, war weit verbreitet. Schulen

und Krankenhäuser waren unter dem Spardiktat des Internationalen Währungsfonds geschlossen oder ausgehungert worden. Krankenkassen und Renten gab es nur für diejenigen, welche sich das mit privaten Mitteln finanzieren konnten. In den 80er Jahren betrug der Anteil der Armen an der Bevölkerung 80 Prozent. Die Armen konnten sich einen Arzt niemals leisten. Alte Menschen und Menschen mit Behinderungen erhielten vom Staat nichts. Das alles änderte sich mit der Regierung von Chavez. Er setzte in einem demokratischen Prozess unter Einbeziehung der Bevölkerung durch, dass die Einnahmen aus dem venezolanischen Öl dem Volke zu Gute kommen. Gesetze mit Verfassungsrang legen fest, dass der größte Teil dieser Einnahmen für Sozialausgaben bestimmt sein sollen. Schulen wurden gebaut, Krankenhäuser wiederhergestellt. Mit kubanischer Hilfe wurden Polikliniken in den Armenvierteln eingerichtet, der Analphabetismus wurde beseitigt, und Universitäten wurden gegründet, kostenlos für die arme Bevölkerung. Alte Menschen und Behinderte erhielten eine Grundrente. 2,5 Millionen Wohnungen wurden gebaut und 10 Millionen Menschen – also ein Drittel der Bevölkerung – aus den Slums geholt, sie leben faktisch kostenlos in diesen Wohnungen, und die ehemaligen Slums wurden in bewohnbare Gebiete umgewandelt mit Kanalisation, Stromversorgung und sauberem Trinkwasseranschluss. Sicherlich funktionieren wegen der aktuellen ökonomischen Krise manche dieser Bereiche nicht mehr so perfekt. Aber diese Krise ist in erster Linie nicht hausgemacht, sondern vor allem Folge der wirtschaftlichen Sanktionen, die verhängt worden sind, um die bolivarianische Revolution in die Knie zu zwingen und des wirtschaftlichen Boykotts durch die lokalen und internationalen Eliten. Jede wirtschaftliche Erholung in Venezuela hat die bedingungslose Beendigung dieser Blockade zur Voraussetzung.

Die IV. Republik der Eliten war aber auch kein demokratisches Staatswesen. Während des Guerillakrieges in Venezuela von 1961

bis 1968 verschwanden mindestens 3000 Jugendliche; sie wurden als Sympathisanten der Guerilla verhaftet und sind nie wieder aufgetaucht. Damit war Venezuela die Vorübung für Chile 1973. 1989 beim Caracazo – dem Aufstand der Elendsviertel gegen das Diktat des IWF – wurden nachweislich über 3000 Menschen ermordet, und das damalige Wahlsystem schloss 5 Millionen Menschen von der Möglichkeit zu wählen aus, weil sie keine Papiere besaßen. Und bei allen Wahlen fanden massenhafte Wahlfälschungen statt. Das wurde von Chavez geändert.

Heutzutage steht Vieles auf dem Spiel:

Eine Machtübernahme durch die Opposition wäre kein Wechsel in eine kuschelige Demokratie, sondern in eine brutale neoliberale Diktatur. Das strikt neoliberale Programm des selbsternannten Präsidenten Guaido ist bekannt. Die Opposition will eine Lösung wie damals 1973 in Chile, denn um dieses neoliberale Projekt umzusetzen, müssten sie die politischen Kader der sozialen Bewegungen, der Gewerkschaften, der linken Parteien der Bauern- und der Frauenorganisationen eliminieren, um so das neugewonnene Bewusstsein der armen Bevölkerung zu zertrümmern und ihr mittels Gewalt und Repression die Hoffnung zu nehmen.

Deshalb weigert sich die Opposition, durch Verhandlungen auf der Grundlage der geltenden Verfassung eine friedliche Lösung zu finden. Die bolivarianische Verfassung schreibt den Sozialstaat und die partizipative Demokratie fest. Diese Verfassung ist ein Hindernis bei dem Bestreben, eine vom Imperialismus bestimmte neoliberale Ordnung wiederherzustellen. Die Opposition stellt die soziale Konterrevolution dar.

Der Westen spricht, gestützt auf die gezielten Fehlinformationen seitens der Opposition, von einer humanitären Katastrophe in Venezuela. Diese soll das Szenario sein, in dem eine militärische Intervention vorbereitet werden kann. In Venezuela gibt es gegenwärtig viele Engpässe: Es fehlt an Lebensmitteln und pharmazeuti-



schen Produkten in ausreichender Menge. Aber Venezuela ist weit davon entfernt, unter einem humanitären Notstand zu leiden. In den aktuellen Stellungnahmen der UNO wird von extremer Armut aber nicht von humanitärem Notstand gesprochen. Die UNO und die Regierung Venezuelas kooperieren bei der Bekämpfung der extremsten Armut. Dass es Lebensmittelknappheit gibt, hängt auch damit zusammen, dass die Lebensmittelproduktion hauptsächlich in den Händen multinationaler Konzerne lag, die inzwischen ihr Kapital zurückgezogen und die Produktion heruntergefahren haben. Leider hat die Regierung Maduro sich der Forderung nach einer Vergesellschaftung der Lebensmittelproduktion nicht anschließen können, die der „Gran Polo Patriótico“ vorgetragen hatte. Dieser „Große patriotische Block“ ist ein Bündnis linker Parteien, darunter die KP Venezuelas, welche die bolivarianische Revolution grundsätzlich verteidigen, aber Kritik von links her üben.

Auf dem Parteitag der PSUV (der Präsident Maduro angehört) hatte dieser im Mai 2018 eine solche Verstaatlichung zwar prinzipiell nicht ausgeschlossen, seither ist jedoch noch keine praktische Maßnahme in dieser Richtung erfolgt. Diese Schwäche der Regierung Maduros resultiert daraus, dass er in zu starkem Maße Rücksicht auf das Bündnis mit der nationalen Bourgeoisie nimmt. In jüngster Zeit hat es auch Repressionen gegen Streikende gegeben; auch dies kritisiert der Gran Polo Patriótico, aber alle Beteiligten wenden sich gemeinsam gegen den Putsch der oligarchischen Eliten und der imperialistischen Interventionsversuche der USA und der EU.

Zu den Falschinformationen von Seiten des Westens gehört ebenso die Behauptung, die Regie-



Maduro sei illegitim, sie sei eine Diktatur. Dazu zunächst einmal einige Fakten: Der Großteil (80 Prozent) der Medien in Venezuela befindet sich nach wie vor in privater Hand von zwei oder drei Familien aus der Oligarchie. Keine politische Partei ist bisher verboten worden, und friedliche Demonstrationen finden statt. Die Opposition hat jedoch seit 2002 niemals friedliche Demonstrationen durchgeführt; sie finanzierte indes gewalttätige Gruppierungen. Erst jetzt im Januar und Februar hat sie zwei friedliche Großdemonstrationen durchgeführt. 2017 haben die Demonstrationen der Opposition extreme Gewalt hervorgebracht. Diese zündeten z.B. Polikliniken an und verbrannten sogar Menschen, die sie als vermeintliche Chavisten identifiziert hatten, bei lebendigem Leibe und haben den Mordanschlag auf Maduro im August 2018 organisiert. Diese Gruppen sind bewaffnet und verüben Terrorakte gegen die Infrastruktur des Landes, insbesondere gegen Stromversorgungsanlagen. Gegen festgenommene Angehörige solcher Gruppen wird Anklage wegen dieser Gewalttätigkeit erhoben und nicht wegen abweichender politischer Meinung. Presseorgane werden dann gemäßregelt, wenn sie beispielsweise zur Ermordung des Präsidenten aufrufen, was in einigen Fällen bereits stattgefunden hat. Deshalb ist der Wahrheitsgehalt von Meldungen über politische Gefangene in Venezuela durchaus anzuzweifeln.

Demokratisch gewählt – seit 20 Jahren

Maduro und vor ihm Chávez sind demokratisch gewählt worden. In den 20 Jahren chavistischer Regierung fanden 28 Wahlen statt. Der frühere US-Präsident Jimmy Carter sagte, die Wahlen in Venezuela gehören weltweit zu den am besten gegen Fälschungsversuche abgesicherten. Die Opposition schreit dennoch nach jeder Wahl lautstark „Wahlfälschung!“ Als sie aber 2016 die Parlamentswahlen überraschenderweise gewann, war keine Rede mehr von Wahlfälschung, obwohl dasselbe Wahlrecht und Wahlsystem angewendet worden waren. Sofort versuchte die Opposition allerdings mit ihrer Parlamentsmehrheit einen Sturz des Präsidenten und seiner Regierung durchzusetzen, was ihr jedoch gemäß der Verfassung nicht zusteht. Schon immer, auch damals in der IV. Re-

publik hatte das Parlament nur diese beschränkten Kompetenzen. Hinzu kam, dass 5 Abgeordnete der Opposition nachweislich mittels Wahlfälschung und Bestechung ins Parlament gewählt worden waren. Daraufhin ordnete der oberste Gerichtshof Venezuelas (der vergleichbar ist mit dem Bundesverfassungsgericht der BRD) an, dass in diesen Wahlkreisen nachgewählt werde. Das Parlament widersetzte sich dieser Anordnung und löste damit eine Verfassungskrise aus. Per Urteil des Obersten Gerichtes wurde daraufhin das Parlament (die Nationalversammlung) als außerhalb des Gesetzes stehend bezeichnet, ihr weiteres Funktionieren als illegal und ihre Beschlüsse als nicht bindend deklariert.

Aufgrund dieser Unordnung im System der Gewaltenteilung wurde im Einklang mit der venezolanischen Verfassung zur Wahl einer konstituierenden Nationalversammlung aufgerufen. Diese hat, wiederum gemäß der geltenden Verfassung die oberste Gewalt im Lande und kann sogar die Rechte des Präsidenten einschränken. Diese Wahl wurde von der Opposition allerdings boykottiert und ebenso die dann vorgezogene Präsidentenwahl. Der Grund dafür war, dass sich die Opposition 2017 mit ihrer Orientierung auf einen Putsch verrannt hatte und dann schließlich sogar in den Augen ihrer eigenen Anhänger diskreditiert war. Sie verfügte außerdem auch nicht über eine Persönlichkeit, die gegen Maduro bei der Präsidentschaftswahl hätte gewinnen können.

An der Präsidentschaftswahl nahmen schließlich zwei oppositionelle Politiker teil, die jedoch nicht zum traditionellen Führungsklängel der vereinigten Opposition gehörten. An der Wahl beteiligten sich am Ende 10 Millionen Venezolanerinnen und Venezolaner, von denen fast 7 Millionen Maduro wählten. In der Regel beteiligen sich in Venezuela 13 Millionen Menschen an Präsidentschaftswahlen, das heißt, 3 Millionen boykottierten diesmal diese Wahl. Maduro hätte also in jedem Falle eine Mehrheit erreicht.

Das weiß auch die deutsche Bundesregierung. „Dass aber der bundesdeutsche Außenminister Maas sich so unverfroren über Recht und Gesetz hinwegsetzt und sich auf die Seite des Putschisten Guaidó stellt, zeigt einmal mehr, was die wirklichen ‚westlichen Werte‘ sind. In diesem Falle sind

die westlichen Werte das venezolanische Erdöl. Die USA bedrohen Venezuela mit 5 000 Soldaten an der Grenze zu Kolumbien. Die EU stellt Ultimaten. Die venezolanische Bevölkerung soll ausgehungert werden, damit sie endlich aufgibt. Menschenrechte, Völkerrecht sind nur noch einen Dreck wert, wenn es darum geht zu verhindern, dass ein Volk seinen eigenen Weg geht und die Reichtümer des Landes einsetzt für Armutsbekämpfung, Bildung und Gesundheit.“ (Bremer Friedensforum)

Maduro und andere Kräfte der Linken in Venezuela rufen zur Bil-

dung einer breiten internationalen Solidaritätsbewegung für Venezuela auf, gegen die imperialistische Einmischung durch die USA und EU. Es ist Zeit, auch in der Bundesrepublik Deutschland eine breite Solidaritätsbewegung aufzubauen, deren Ziel die Verhinderung einer imperialistischen Intervention sein muss. Es geht darum, alle Kräfte zu bündeln, die unabhängig von ihrer Haltung zur Regierung von Maduro sich gegen die imperialistische Intervention wenden und für eine friedlich ausgehandelte verfassungskonforme Lösung einsetzen.

*Von Klaus Georg Przyklenk
(geschrieben in sein Skizzenbuch während seiner Reservisten-
ausbildung in der Nationalen Volksarmee der DDR 1973)*

*Wachsoldat mit Gewehr und sechzig Patronen
Von dieser Zeit
summendes Schwirren in den Kalendern,
über die Schlafhügel trunkenes Schlendern,
steh ich beiseit,
neben
dem Leben.
Seh es sich ändern.*

*Rotsternig wird in den Andenländern
der Kartenfleck Stadt.
Vorsichtig kurven Lastwagenberden
bergwärts mit Buchstab und Bleistift und Blatt.
Menschen im Werden.
Ängstlich mordet aus Glasfrontenvillen
der gestrige Herr
den Fahmenträger. Ins Fahmentuch hüllen
die seinen ihn und das Gewehr.
Mit der Dünung der Zeilen
von bebenden Küsten
aus laufen die steilen
Wortwogen aus in gleichgült'ge Wüsten.*

*Panzermotoren
grimmes Rumoren,
summen,
verstummen,
gehen in den Anden
an Fäusten zuschanden.
Kupferrissige Arbeitsbände
sperrn die Pisten
der Dollarfaschisten,
schützen Allende.*

*Und ich steh am Rand,
Genossen.
Webre den Bossen
das Hinterland.
In dieser Zeit,
Giftblasen kochen aus Funkmaschinen,
Nacktbuisige, die von Zeitungen grienen,
steh ich im Heut.
Trag das Gewehr
nicht leer.*

*1. Juli 1973
(Dabei lag eine Meldung aus dem „Neuen Deutschland“
vom gleichen Tag über den am 29. Juni 73 versuchten Putsch
gegen Salvador Allende, der von der Arbeiterklasse ohne
Blutvergießen verhindert wurde.)*

Veranstaltungstermine der LINKEN

- 8. März 2019, 18 Uhr, Friedrichstraße 58, Erkner (Kino Movieland Erkner)
Frauentagskino „Erin Brockovich“, Eintritt frei
- 21. März 2019, 19 Uhr, Fichtenauer Weg 44/53, Erkner (Gesellschaft für Arbeit und Soziales e.V. – GefAS)
Mitgliederversammlung DIE LINKE Erkner, Gosen-Neu Zittau, Diskussion zur Roten Hilfe mit einem Vertreter der Roten Hilfe
- 28. März 2019, 18 Uhr, Altes Rathaus, Fürstenwalde
„Hans Modrow und der deutsche Umbruch 1989/90“
Dr. Hans Modrow (Ministerpräsident der DDR von November 1989 bis April 1990, Mitglied des Bundestags von 1990 bis 1994 und des Europäischen Parlaments von 1999 bis 2004; Berlin) im Gespräch mit Stephan Wende
Fast drei Jahrzehnte nach den dramatischen Ereignissen der Jahre 1989/90 haben Michael Gehler, Professor an der Universität Hildesheim, und Oliver Dürkop, Journalist, über 500 Fragen an eine der wichtigsten Persönlichkeiten der Wendejahre gerichtet: an Hans Modrow. Die Antworten sind als Gesprächsband im Herbst 2018 im StudienVerlag unter dem Titel „In Verantwortung. Hans Modrow und der deutsche Umbruch 1989/90“ erschienen und bieten einen tiefen Einblick in die Biographie Modrows, in die Geschichte der DDR, der Bonner wie der Berliner Republik und vor allem in die Ereignisse der Wendezeit. Im Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden der LINKEN in Fürstenwalde, Stephan Wende, wird Hans Modrow von seinen Erfahrungen berichten, seine Bewertungen darstellen, tief in die deutsch-deutsche Teilungs- und Transformationsgeschichte eintauchen und dabei auf die Entscheidungen 1989/90 eingehen.
Eintritt frei
- 6. April 2019, 10 Uhr, Alter Markt 1, 14467 Potsdam (Landtag Brandenburg)
Tag der offenen Tür des Landtages Brandenburg
Eintritt frei

DIE LINKE Oder-Spree

■ Kreisgeschäftsstelle
Mühlenstraße 15 • 15517 Fürstenwalde
Telefon (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24
E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de
geöffnet: Mo. 10–12 u. 13–16 Uhr, Di. 10–12 u. 13–16 Uhr
Do. 10–12 Uhr, u. nach telefonischer Vereinbarung
Kasse: Di. 10–12 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Beeskow
Bahnhofstraße 29 • 15848 Beeskow
Telefon: (0 33 66) 2 02 02
E-Mail: kontakt@linke-beeskow.de
geöffnet: Di. 10–12 Uhr, Do. 14–16 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Eisenhüttenstadt
Lindenallee 30 (Rotes Café) • 15890 Eisenhüttenstadt
Telefon: (0 33 64) 4 42 51
E-Mail: dielinke-ehst@t-online.de
geöffnet: Mo. und Do. 15–18 Uhr

www.dielinke-oder-spree.de

Zum Internationalen Frauentag:



erlesenes & gelesenes

**9. März 2019 • 15 Uhr
im Foyer des
Alten Rathauses**

(Eintritt frei!)

Lesung satirischer Texte über Gott & die Welt und natürlich die Frauen ...

DIE LINKE.
Kreisverband Fürstenwalde

Von Männern gelesen und nicht nur für Frauen!

Alles öffentlich im Kreistag LOS

DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree

Öffentl. Fraktionssitzung: 19. 3. genaue Zeitpunkte und Orte bitte in der Fraktionsgeschäftsstelle erfragen

Fraktionsgeschäftsstelle: Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24

Sitzungen im Dezember 2018/Januar 2019

- Werksausschuss für den Eigenbetrieb KWU 26. 2., 17.30 Uhr, Fürstenwalde, Karl-Marx-Str. 11/12, KWU, Frankfurter Str. 81
- Unterausschuss Jugendhilfeplanung 28. 2., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss f. Soziales u. Gesundheit 5. 3., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Ordnung, Recht, Landwirtschaft und Wirtschaft 7. 3., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport 12. 3., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Bauen, Umwelt und Verkehr 13. 3., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Jugendhilfeausschuss 14. 3., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss f. Haushalt u. Finanzen 18. 3., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Kreisausschuss 20. 3., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- AG „Entwicklung des ländlichen Raumes im Landkreis Oder-Spree“ 26. 3., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

Tagesordnungen und konkrete Versammlungsorte in Kreisverwaltung erfragen oder der Internetseite des Kreistages www.landkreis-oder-spree.de entnehmen.

Kreistag Oder-Spree

3. 3., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstraße 7, Landratsamt, Haus B, Atrium

IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree, Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24, E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de

Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel. (0 33 62) 5 59 6, Fax 88 87 68, E-Mail: p-w-hochmuth@t-online.de; Jürgen Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 5 747 0 03, E-Mail: Elvira_strauss@web.de

Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 2.500

Satz: Heinz Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de

Druck: Buch- und Offsetdruckerei Häuser KG, Venloer Straße 1271, 50829 Köln

„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle Leser werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto IBAN: DE221705503410533965, BIC: WELADED1LOS bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der Partei DIE LINKE Kreisverband Oder-Spree oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Mühlenstr. 15, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

Geschlechterkommentar

Liebe Genossen/innen, liebe Sympathisanten(innen), liebe Freunde_innen, liebe Mitstreiter*innen, liebe BrüderInnen,

hoffentlich habe ich alle grammatikalischen als auch geschlechtlich-sozial möglichen Formen menschlichen Daseins angesprochen. Sollte sich eine Person nicht angesprochen fühlen, gar diskriminiert, bitte ich um Handzeichen.

Im Vorfeld des Internationalen Frauentags 2019 möchte ich Stellung beziehen. Einerseits zu feministischer Linguistik und gendergerechter Sprache und andererseits zu sozialer Gleichstellung von Frau und Mann im Rahmen politischer Entscheidungsfindung. Kurz: zur Gleichberechtigung von Frau und Mann in der Gesellschaft.

Und schon landen wir in der Debatte von biologischem und sozialem Geschlecht. Jeder möchte korrekt angesprochen werden. Jeder? Liest man die obige Anrede, kommt der Fluss des Lesens sichtbar ins Stocken. Festzustellen, ob die Unterschiede zwischen Frau und Mann kulturell oder biologisch existent sind, ist schwierig. Das heißt aber auch, es gibt sie.

Kultur und Sozialisation machen uns nicht allein zu Frau und Mann. Wir werden nicht geschlechtslos geboren. Naturwissenschaftliche Daten sind das Eine, politische Programmik das Andere. Gleichbe-



rechtigung der Geschlechter geht einher mit sozialer Gerechtigkeit und nicht mit Quote. Frauenquoten sichern konkrete institutionelle Verhältnisse, ändern aber nichts an der sozialen Ungleichheit der Geschlechter in der Gesellschaft.

Das Parité-Gesetz in Brandenburg (siehe Seite 11) oder der Internationale Frauentag als Feiertag in Berlin sind Feigenblätter politischen Wollens. Die Gleichberechtigung der Geschlechter rückt dabei weiter in die Ferne. Denn politische Gleichheit ändert nichts an der sozialen Ungleichheit der Geschlechter. Es handelt sich hier hauptsächlich um nervenberuhigenden Aktionismus der Politik. Dieselbe

Politik versagt Frauen als mündigen Bürgerinnen schließlich aktive gesellschaftliche Mitgestaltung.

In Fragen von Schwangerschaftsunterbrechungen, Abtreibungen und Information darüber erklärt Politik Frauen als nicht geschäftsfähig, entmündigt sie und nimmt ihnen das Recht auf Selbstbestimmung.

Wie lange wollen wir eigentlich noch über gendergerechte Sprache streiten?

Foto: Spreebote



von
Franziska Schneider
 Erkner, Direktkandidatin zur Landtagswahl am 1.9.2019 im Wk 31, www.schneider-franziska.de

Informationsrecht für Frauen zum Schwangerschaftsabbruch

Petition an den Deutschen Bundestag von Kristina Hänel

Ich bin Ärztin und wurde nach § 219 a StGB von Abtreibungsgegnern angezeigt.

Am 24.11.2017 um 10 Uhr musste ich mich vor dem Amtsgericht Gießen verteidigen. Auf meiner Homepage ermögliche ich Interessierten, über einen Link Informationen zu einem legalen Schwangerschaftsabbruch zu erhalten. Ich informiere über die gesetzlichen Voraussetzungen, sowie über die Methoden und Risiken des Schwangerschaftsabbruchs. Außerdem ermögliche ich Interessierten ein persönliches Gespräch.

Diese neutrale Mitteilung interpretieren Abtreibungsgegner als Werbung. Ich werde seit mehr als 10 Jahren wiederholt von Abtreibungsgegnern, u.a. der „INITIATIVE NIE WIEDER“ e.V. wegen Werbens für den Abbruch einer Schwangerschaft (§ 219 a StGB) angezeigt. Die Verfahren wurden jeweils beim Amtsgericht Gießen eingestellt. Die letzte Anzeige erfolgte im Herbst 2016. Diesmal hat ein Giessener Staatsanwalt Anklage erhoben. Das Hauptverfahren wurde eröffnet.

Die Abtreibungsgegner benutzen den § 219 a regelmäßig, um Ärzte anzuzeigen, zu belästigen, einzuschüchtern. Sie führen auf ihren Websites Listen von Ärzten und Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen und listen dort auch die unzähligen Strafanzeigen auf, die bisher gestellt wurden.

Es gibt in Deutschland ausführliche gesetzliche Regelungen sowohl im Bereich des Arztwerberechts als auch im Rahmen des Strafgesetzbuchs die Bestimmungen zum Schwangerschaftsabbruch. Der § 219 a ist veraltet und überflüssig. Er behindert das Anrecht von Frauen auf sachliche Informationen. De facto entscheiden die Beratungsstellen, wo die Frauen zum Schwangerschaftsabbruch hingehen können, da viele Ärzte eingeschüchtert sind und ihre sachlichen Informationen von den Websites herunternehmen aus Angst vor Strafverfolgung. Auch und gerade beim Thema Schwangerschaftsabbruch müssen Frauen freie Arztwahl haben und sich medizinisch sachlich und richtig informieren können.

Ich bin für das Recht von Frauen, sich im Internet über angebotene Leistungen von Ärzten und Ärztinnen zum Schwangerschaftsabbruch zu informieren. Informationsrecht ist ein Menschenrecht. Der § 219 a behindert dieses Recht.

§ 219a Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft

(1) Wer öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs. 3) seines Vermögensvorteils wegen oder in grob anstößiger Weise

1. eigene oder fremde Dienste zur Vornahme oder Förderung eines Schwangerschaftsabbruchs oder
2. Mittel, Gegenstände oder Verfahren, die zum Abbruch der Schwangerschaft geeignet sind, unter Hinweis auf diese Eignung anbietet, ankündigt, anpreist oder Erklärungen solchen Inhalts bekanntgibt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

Beim § 219 a handelt es sich um einen Strafrechtsparagrafen aus dem Jahr 1933, der ursprünglich geschaffen wurde, um u.a. jüdische Ärzte zu kriminalisieren und ein Klima zu schaffen, in dem letztlich dann 1943 die Strafnorm nach eugenischen und bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten umstrukturiert wurde. Im Zuge der Gesetzesänderungen zum Schwangerschaftsabbruch wurde der § 219 a jeweils nur leicht verändert. Er wurde allerdings kaum angewandt.

(Unterschreiben: www.change.org/de/Petitionen – Kristina Hänel)

Zucker-Kasten





30. Januar: Mehr als 200 Aktive aus verschiedenen Initiativen und Verbänden trafen sich vor der US-amerikanischen Botschaft in Berlin und forderten „Hände weg von Venezuela! Keine Anerkennung von Putschisten!“ 3 Fotos: Uwe Hixsch, www.flickr.com/photos/uwehixsch/albums



Die Kälte und die Zärtlichkeit

Kalt war es am 30. Januar dieses Jahres auf dem Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor bei der Solidaritätskundgebung für Venezuela.

Noch kälter wurde mir, als durch die Redebeiträge das „Handlungsmuster“, das in Chile zur blutigen Junta führte und jetzt in Venezuela wiederum praktiziert wird, sehr deutlich wurde. Und was ist mit der Zärtlichkeit?

„Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“

Die Menschen, die sich zum Protest gegen die imperiale Bedrohung Venezuelas zusammengefunden hatten, standen dort mit heißen Herzen und als Beispiel für diese Solidarität.

Es wärmte mich, dass Genossen aus Erkner nicht nur den Aufruf der Arbeitsgemeinschaft in der Partei DIE LINKE Cuba Sí an mich weitergeleitet hatten, sondern auch dort mit vielen anderen unseren Protest auf die Straße trugen.

Noch viel wärmer wäre mir, wenn die Bundespartei DIE LINKE zur Solidaritätskundgebung mit aufgerufen hätte. Aber es kann ja sein, dass die Genossen ein ambivalentes Verhältnis zu dem Ausspruch von Che Guevara haben.

*Anny Przyklenk,
Woltersdorf*

(Siehe auch Seiten 16 und 17)

